

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

173 (29.7.1931)

Nachdem aber der französische Politiker offen eine solche Kritik an seinem Kriegsminister übt, besteht auch für die deutsche Antikriegspropaganda kein Anlaß, diese Abwehr Paul Faures nicht zu unterschreiben.

Solche Hezereien eines fanatischen Militärs sind gerade in solchen Tagen, wie wir sie erleben, Verrat an der Menschheit!

Wir deutschen Republikaner, die wir in der Annäherung, in dauernder Freundschaft und freundschaftlichem Zusammenarbeiten mit Frankreich das einzige Mittel zur Befriedung Europas erblicken, danken Paul Faure für diese mutige und eindeutige Abfuhr seines französischen Kriegsministers, da sie der Propaganda unserer deutschen Nationalisten den Wind aus den Segeln nimmt.

Hinter Paul Faures stehen viele Millionen Franzosen, steht das arbeitende französische Volk, das weiß, daß in jedem Krieg in allen Ländern es im vordersten Graben sich verbluten muß, während die eigentlichen Hezere zum Krieg in der Stuppe ein wohliges Leben führen. Und doppelten Kriegsgehalt beziehen und rascher in der Gehaltsklasse aufsteigen als im Frieden!

Zur Judasrolle der SPD

In einem in Abscheu und Umgehung erscheinenden Blatt finden wir folgenden Appell gegen den Stahlhelm-Volkssentscheid.

Jede Teilnahme an der Abstimmung am 9. August ist eine Zustimmung zum offenen Faschismus, eine Zustimmung zur unverhüllten Diktatur, zu noch brutaleren Unterdrückungsmethoden. Der 9. August ist die Heerfahrt der finsternen Reaktion. Stahlhelm-Volkssentscheid ist offene Kriegsbeute, ist forcierte Rüstung, ist neuer Zollwucher, ist neuer Lohnabbau, ist weitere Massenverelendung.

Arbeiter, Angeestellte, Kleinbauern, Kleinsparer, Erwerbslose, all ihr Unterdrückten und Unmündigen! Alle Vertreter des kapitalistischen Systems, welches keinen Ausweg aus der entsetzlichen Krise zeigen kann, führen das Volk immer tiefer ins Elend hinein.

Darum acht nicht zum Stahlhelm-Volkssentscheid!

Wer ist das Blatt, das so scharf gegen den Volkssentscheid loslegt? Es ist „Der Rote Beobachter für Abscheu und Umgehung“, ein kommunistisches Organ der Richtung des Reichstagsabgeordneten Thälmann. Allerdings ist sein Appell ein oder zwei Tage, bevor Thälmann und Genossen in die faschistische Front einschwenkten, erschienen. Aber nur Tölpeln wird diese Gesellschaft weismachen können, daß heute förmlich nicht mehr gelten soll, was sie gestern noch als pure Wahrheit haben verkündet lassen.

In der SPD herrscht wegen der aus Angst vor einem Verbot erfolgten Beteiligungspartei am faschistischen „Volkssentscheid“ das größte Durcheinander. Sämtliche beurlaubten Parlamentarier der SPD sind zurückgerufen, um den zerbitterten und zerschlagenen Mitgliedern die Verbrüderung mit dem Stahlhelm und den Nazis schmachtlich zu machen. Den berufsmäßigen Verwandlungskünstlern des JA, jedoch werden die noch vor wenigen Tagen erschienenen parteioffiziösen Schriften und Artikel der SPD-Zentrale entgegengehalten. So verlangt die von der SPD herausgegebene Monatschrift „Der Propagandist“ noch in der Julinummer die „Vorbereitung des Kampfes gegen den Stahlhelmsentscheid“. Jetzt wird den SPD-Mitgliedern zugemutet, das Gegenteil dessen zu glauben, was ihnen wenige Stunden zuvor noch zur Pflicht gemacht wurde.

Wie die Stimmung unter den SPD-Mitgliedern ist, verriet das rechtskommunistische Oppositionsblatt. Danach erklärte ein kommunistischer Funktionär auf die Frage, was er zum Volkssentscheid sage: „Wenn du die Schnauze halten kannst, dann will ich dir eines sagen, ich halte das für unerhörte. Die ganze Partei ist damit überfordert worden. Man könnte sich die Haare ausraufen. Untere ganze Verbindung mit den SPD-Arbeitern geht bei diesem Krampf flöten. Und selbst wenn wir durchkommen, werden die Nazis die Gewinner sein.“

Daß die Parteimitgliedschaft der SPD, um ihre Auffassung nicht gefragt werden soll, geht aus der Anweisung hervor, Diskussionen über den Beschluß der Zentrale nicht zuzulassen. In einer Berliner Funktionärerversammlung wurde nach Thälmanns Referat von vornherein jede Diskussion abgelehnt. Der kommunistischen Opposition zufolge ist es ein Schwindel, wenn die Rote Fahne davon schreibt, daß die Diskussionsunterbindung „mit förmlichem Befehl“ aufgenommen worden wäre. Der Leiter der Versammlung, der Berliner Parteisekretär Ulbricht, habe wohlweislich unterlassen, die Frage zu stellen, wer gegen die Unterbindung einer Diskussion sei oder wer sich der Stimme enthalte. Dabei habe sich die Funktionärerversammlung zumeist aus Angestellten der Partei, der russischen Handelsvertretung und anderen beforderten Funktionären zusammengesetzt.

Die Brandleropposition richtet an die Mitglieder der SPD einen offenen Brief, in dem aufgefordert wird, offen gegen den Beschluß der Zentrale Einspruch zu erheben und die Teilnahme der SPD an dem von den Faschisten eingeleiteten Volkssentscheid zu verhindern. Die kommunistische Arbeit in dem Betrieb und in den Gewerkschaften wäre unmöglich, wenn die Belegschaften die kommunistischen Kollegen an einer Aktion teilnehmen sehen, die von faschistischen Streikbrechern und Arbeitermördern eingeleitet wurde und durchgeführt wird. Der Vorschlag Thälmanns, daß die SPD-Mitglieder in den Betrieben eine Einheitsfront mit den Nationalsozialisten bilden sollten, würde bedeuten, den Faschisten das Tor zum Eindringen in die Arbeiterklasse zu öffnen.

Hindenburg und die Nazilümmel

In der Elbinger Freien Presse wird über einen Zwischenfall berichtet, der sich bei der Rückreise des Reichspräsidenten von seinem Gut Neudeck nach Berlin ereignet hat. Es wird unter anderem mitgeteilt, daß dem Reichspräsidenten bei seiner Durchreise durch das kleine westpreussische Städtchen Rosenberga, wo sich eine große Anzahl Anwohner zur Begrüßung versammelt hatte, von Nationalsozialisten zugerufen wurde: „Deutschland erwache!“ Hindenburg habe geantwortet:

„Sente regieren Männer und nicht Lümmel!“

Aus der Umarmung des Reichspräsidenten wird hierauf erklärt, das Wort Lümmel sei zwar nicht gefallen, der Reichspräsident sei aber tief entsetzt darüber, daß er als der Befreier Ostpreußens in solcher Form gerade im deutschen Osten aufgenommen wurde. Er habe dieser Enttäuschung auch Ausdruck gegeben.

Wohin geht der Weg?

Krise des Kapitalismus

Von Dr. Marie Elisabeth Häders, M. d. R.

Wir stellen im folgenden den interessanten Aufsatz der bekannten demokratischen Publizistin zur Diskussion.

Es ist schon lange kein Geheimnis mehr, daß auch in den Reihen der sogenannten bürgerlichen Parteien die Zahl derjenigen immer größer wird, die eine Ueberprüfung der Formen und Methoden des privaten Großkapitalismus für unerlässlich hält. Diese Auffassung geht nicht aus einer gefühlsmäßigen oder konjunkturpolitischen Gegnerschaft gegen den Kapitalismus hervor. Sie erwacht vielmehr aus der ersten Sorge wegen der neuen schweren Stöße, die der deutschen Wirtschaft und damit auch dem Staatsgefüge drohen, wenn weiterhin verläßt wird, an sachlichen und personellen Erscheinungen im privaten Großkapitalismus vorüberzugehen, deren finanzielle Folgen und stimmungsmäßige Auswirkungen schließlich ein System revolutionär umstürzen können, dessen evolutionäre Umbildung und Anpassung man verabsäumt hat. Diese notwendige Umbildung scheitert bislang — wie so vieles in Deutschland — an dem zähen Festhalten an alten Begriffen, an Traditionellen — auch im politischen Kampf mit Vorliebe verwendeten Formeln, und an der leidigen Gefühlsregung, in Politik und Gesellschaft die Menschheit je nach ihrer Stellungnahme zu diesem oder zu jenem Wirtschaftssystem auch moralisch zu klassifizieren. Als ob die Frage nach den Möglichkeiten und Notwendigkeiten von Wirtschaftssystemen irgend etwas anderes als eine Frage der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit wäre, und die Stellungnahme zu ihr etwas über die moralische Qualifikation der Menschen aussagte!

So ist es gekommen, daß die zähesten Vertreter des privaten Kapitalismus die ungemollten Wegbereiter staatskapitalistischer Gedanken und Forderungen geworden sind. Sie wurden es durch allzu souveräne Nichtbeachtung all der Tatbestände, die das von ihnen vertretene System durch seine eigenen Organisationsformen der zentralistisch geleiteten Konzerne, Trusts und Syndikate, ebenso wie durch seine internationale Verflechtung und nicht zuletzt durch die bei jeder Gelegenheit von der Großwirtschaft selber verlangte Staatshilfe immer mehr der frei verfügbaren persönlichen Initiative und Verantwortung der leitenden Personen entzogen und die Verteilung des Risikos auf der einen und des Gewinns auf der anderen Seite in recht beachtlicher Weise zugunsten der Steuerzahler verschoben haben.

Man wird sich darüber klar sein müssen, daß in- und ausländische Vorgänge wie bei der Fava, bei der Oesterreichischen Kreditanstalt (trotz oder wegen ihrer fast beispiellosen internationalen Verflechtungen?), bei Nordwolle und Danat, bei Peine und Wittenberg oder bei Pankof in Neuvort, bei Dupire und bei der West-Polste in Paris, bei der Royal Mail in London usw. usw. unmöglich ohne Rückwirkungen auf die öffentliche Meinung über Risikofähigkeit und Zweckmäßigkeit der bestehenden Formen des privaten Kapitalismus sein können. Man wird sich darüber nicht täuschen können, daß die fortgesetzte notwendige Stützung durch dieselbe öffentliche Hand, der man sonst so gerne und nachdrücklich

„hands off“ von der Wirtschaft zuruft, die öffentliche Meinung so stark beeinflussen müssen, daß sehr fühlbare Rückwirkungen — politische und wirtschaftliche — gar nicht ausbleiben können.

Es ist auf die Dauer ausgeschlossen, daß Regierungen und Parteien sich bereit finden können, aus allgemeinen Steuermitteln — und über andere Mittel verfügen Staat und Parlamente nicht — Risikozinsen herauszugeben, um, wie man sagt, „die Pleite“ privater wirtschaftlicher Unternehmungen „zu sozialisieren“. Es ist sehr begreiflich, daß alte Gedanken und Vorschläge, wie sie bald nach dem Kriege — auch im zuständigen Reichsministerium — überdacht und propagiert worden sind, heute, wenn auch unter etwas anderem Namen, wieder auftauchen. Was damals Planwirtschaft genannt wurde, geht heute unter der Bezeichnung „kapitalistisch manipulierter Staatswirtschaft“, oder der „gesteuerter Wirtschaft“, oder — einfacher — des „Staatskapitalismus“.

Die Ueberzeugung, daß der Staat sich nicht mehr von der Wirtschaft zurückziehen kann, ist bereits weit über das Reaktionsdatum nur bestimmter Parteien hinaus, sondern es ist inzwischen unabweisliche Notwendigkeit geworden, wenn nicht das größte wirtschaftliche Unheil angerichtet werden soll. Es handelt sich nicht mehr um das „Ob“, sondern nur noch um das „Wieviel“ und das „Wie schnell“. — Auch dafür haben die aufgeführten Beispiele bereits weitgehend vorgesorgt. Sie haben es nicht nur aus der Sache, sondern auch aus dem Bereich des persönlichen heraus, denn in nur zu vielen dieser Vorgänge sind unverfügbare Mittel in Zusammenhang mit der allgemeinen Weltkrise mit dementsprechender Unzulänglichkeit in den Verwaltungen und, leider, auch vertriebsmäßig mit mehr als reinlicher persönlicher Unzuverlässigkeit verbunden. Für die letzteren wird sich auch nicht mehr auf die beliebte rassennährische gefärbte Enttäuschung einplanen lassen, da z. B. die Herren Rabalen mit den Trägern jahrelanger parteipropagandistisch ausgeübter jüdischer Namen in einer Reihe, stehen.

Weitere Kreise in allen Bevölkerungsschichten und in allen Parteien können sich des Gefühls nicht erwehren, daß der Kapitalismus von manchen Gruppen und Personen in einer Weise mißbraucht wird, die nicht zuletzt gegen ihn selber in seiner heutigen Form ausschlägt, und daß es Pflicht des Staates ist — einmal wenn alle in das Risiko mit hineingezogen werden — sich den Einfluß zu nehmen und zu wahren, dessen er bedarf, um die in Mißbedeutung gesessene Allgemeinheit vor weiterem Mißbrauch des Kapitalismus zu schützen. Der erste Schritt zu diesem selbstverständlichen Ausgleich zwischen dem vom Staat übernommenen Verfallungen und der ihm daraus stufenden Rechte wird jetzt im Tatgeschehen unter dem Zwang der Not getan. Die anderen Schritte werden folgen im Grundgedanken. Das es so ist, und daß es weiterhin so kommen wird, das hat nicht zuletzt die Wirtschaft selber verursacht. Kapitalismus wird bleiben, — denn ohne das ihm innewohnende wirtschaftliche Prinzip ist Wirtschaft nicht möglich —, aber seine Form und seine Methoden werden andere sein, und der Treiber wird in vielen Fällen wechseln. Diese Entwicklung wird nunmehr politisch akut; das wird sich im Parlament zeigen.

Neue Verordnung zum Zahlungsverkehr

W. B. meldet:

Der Rest dieser Woche ist dadurch gekennzeichnet, daß zu den regelmäßigen Lohn- und Gehaltszahlungen bereits stehenden Mitteln noch die Anforderungen des Monatsendes hinzutreten. Es erschließen daher nicht ratam, darüber hinaus für die nächsten Tage eine umfangreichere Aufforderung des bisherigen Zahlungsverkehrs vorzunehmen.

Die jetzt erlassene Verordnung der Reichsregierung sieht daher nur unwesentliche Erhöhungen der zulässigen Beträge vor. Die beteiligten Stellen werden dafür sorgen, daß von Beginn der nächsten Woche ab die Wiederannahme eines normalen Zahlungsverkehrs eintritt.

Die Erleichterungen, die bis zum Wochenende eintreten, betreffen einmal die Erhöhung der Vorauszahlungsgrenze von 200 auf 300 Mark bei Kontokorrentkrediten, während es hinsichtlich der Auszahlungen bei Sparkonten und Sparbüchern auf 30 M. verbleiben mußte. Die Auszahlung auf Kreditbriefe ist ebenfalls auf 300 M. erhöht worden. Freigegeben zur beschränkten Vorauszahlung und folglich auch Ueberweisung sind über die bisher bestehende Höhe hinaus die Mittel für Wohnungen und gewerbliche Räume, sofern der Kontoinhaber nicht Einnahmen aus Lohn, Gehalt und Ruhegeld usw. bezieht, ferner zur Einlösung von Zinsrenten und Gewinnanteilen schein.

Die Wechselverpflichtungen sind entsprechend den bisherigen Vereinbarungen stufenweise etwas hinausgeschoben worden, während eine Verlängerung der Vorlegungsfrist für die nach dem 21. Juli 1931 ausstehenden Schecks nicht mehr notwendig ist. Ferner ist vorzusehen, daß die Bankinstitute Wechselverbindlichkeiten nicht nur wie bisher aus eigenen Akzepten, sondern auch aus ihrem Giro erfüllen dürfen.

Die Ablieferungsfrist für Devisen

Berlin, 28. Juli. Die Frist zur Ablieferung der Anzeige von Devisen im Gesamtbetrag von 20 000 M. und darüber für den einzelnen Anzeigepflichtigen unter Hinzurechnung der Devisen seiner Ehefrau und der mit ihm in häuslicher Gemeinschaft lebenden Kinder läuft am 29. Juli 1931 ab. Eine Verlängerung dieser Frist ist nicht beabsichtigt. Lediglich für die Inhaber von Währungskonten bei inländischen Kreditinstituten ist mit Rücksicht darauf, daß die Verpflichtung dieser Inhaber zur Ablieferung oder Anzeige ihrer Währungsausgaben erst in der zweiten Durchführungsverordnung zur Kapitalfluchtverordnung klar gestellt worden ist, die Frist bis 5. August 1931 erstreckt worden. Auch hier besteht jedoch Ablieferungs- oder Anzeigepflicht bis zum 5. August.

Gründung der Akzept- und Garantiebanc

Berlin, 28. Juli. Heute nachmittags fand in den Räumen der Reichsbank die Gründungsversammlung der Akzept- und Garantiebanc statt. Die Gründer, ausschließlich Berliner Firmen, haben zusammen mit dem Reich das gesamte Kapital übernommen.

Zu Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden bestellt: Reichsminister a. D. Dernburg, Direktor Fischer, Berliner Handelsgesellschaft, Direktor Dr. Dehfeld, Bank für deutsche Anleiheobligationen, Direktor Franz, Deutsche Bank und Diskontogesellschaft, Geh. Regierungsrat Dr. Frick, Präsident Kewer, Direktor Bipp, Generalkonkorsant Dr. Paul Kemmer, Ministerialdirektent Geh. Regierungsrat Norden, Reichsfinanzminister, Ministerialdirektor Dr. Reichardt, Reichswirtschaftsminister, Direktor Friedrich Reinhardt, Kommerz- und Privatbank, Direktor Schiefelner.

Bankenaufsicht und Kapitalkontrolle

Von Fritz Raphael.

„Wer das Risiko trägt, muß auch die Wirtschaft führen“. Das ist von jeher der beliebteste Einwurf gegen den Ausbau staatlicher Kontrollen und staatlichen Einflusses auf die Wirtschaftsführung und gegen alle Bestrebungen zur Demokratisierung der Wirtschaft, zur Teilnahme der Vertreter der organisierten Arbeiter und Angestellten an der Wirtschaftsführung gewesen. Das Argument war niemals stichhaltig, weil das Risiko, das die Arbeiter tragen, die bei wirtschaftlichem Mißerfolg ihre Arbeitsplätze und damit ihre Existenzmöglichkeiten verlieren, gewiß nicht geringer zu schätzen ist als das Kapitalrisiko eines Aktionärs. Aber lassen wir das einmal im Augenblick beiseite und stellen wir uns auf den Standpunkt, daß es nur auf das Kapitalrisiko ankommt. Wer trägt bei den deutschen Großbanken das Kapitalrisiko? Die letzten Wochen haben die Frage eindeutig beantwortet. Wenn es ernst kommt, wie in diesem Falle, dann verschwindet plötzlich die Wirtschaftlichkeit des Risikotragens des kapitalistischen Privateigentums. Dann müssen wir alle, jeder Steuerzahler, das Risiko übernehmen. Denn dann muß der Staat mit seiner Haftung einpringen, um noch schlimmere Erschütterungen der Gesamtwirtschaft abzuwehren.

Wer das Risiko trägt, hat aber selbst nach kapitalistischen Grundsätzen das Recht der Aufsicht und der Mitbestimmung. Deshalb fordern wir als notwendige Folgerung aus den Erfahrungen der letzten Wochen die sofortige Errichtung eines Bankenaufsichtsamtes durch das Reich, an dessen Leitung die Vertreter aller Kreise der Wirtschaft demokratisch teilnehmen müssen. Dieses Aufsichtsamts muß die Richtlinien für das Handeln der Banken feststellen. Es muß die Möglichkeit haben, die Einhaltung dieser Richtlinien zu überwachen, sei es durch einzelne Kommissionen, sei es, was bei den Großbanken unerlässlich ist, durch die Einsetzung von Kommissaren, die dem Amt für die Auskunftsstelle verantwortlich sind. Das Bankensamt muß auch die Möglichkeit haben, die wirkliche Vermögenslage der einzelnen Banken, die Art ihrer Verflechtung mit Auslandskrediten durch seine Organe zu prüfen, denn es geht nicht an, daß auf die Dauer Regierungshandlungen gestützt werden auf die Auskünfte von Bankdirektoren, von denen die Erfahrung gelehrt hat, daß sie jederzeit bereit sind, ihre geschäftlichen Sonderinteressen in höherem Grade zur Richtschnur zu nehmen als das Gesamtinteresse der Volkswirtschaft.

Aber mit diesen Kontrollfunktionen kann die Zielsetzung des Bankensamts nicht erschöpft sein. Von der Bankenaufsicht, die in hohem Grade Ziele des privatwirtschaftlichen Schutzes der Gläubiger und der Kunden der Bank betrifft, muß der Weg zur Kapitalkontrolle, zur Lenkung des Kapitalstroms führen.

Selbstverständlich fehlt es auch jetzt nicht an Kreisen, die sich genau so wie die Gegner der im Interesse der Gesamtwirtschaft dringend notwendigen Kontrolle der Kartelle und Monopole für die Forderung der Bankenaufsicht entseufem. Die verantwortlichen Männer der Regierung und alle Volkstheile, die ernsthaft an der Ueberwindung der Wirtschaftsnote mitarbeiten wollen, mögen sich die Frage vorlegen, ob es nicht besser ist, die dringlichsten Gebote der Stunde ohne Versuch zu verwirklichen, als sich einer notwendigen Entwicklung entgegenzusetzen und abzuwarten, bis jociel Sitte erzeugt wird, daß der Restel platzt.

Lloyd George erkrankt

London, 28. Juli. Wie verlautet, muß Lloyd George infolge eines Blutharnenalles das Bett hüten. Die Erkrankung wird in Kreisen des Unterhauses als ernst, aber nicht als unmittelbar bedrohlich angesehen.

Freistaat Baden

Keine Rechtspflegebekanntmachungen in staatsfeindlichen Blättern

Eine längst fällige Verordnung

Durch eine Verordnung des Staatsministeriums wird die Verordnung vom 28. Juli 1919 über öffentliche Bekanntmachungen auf dem Gebiete der Rechtspflege wie folgt geändert: In § 2 wird der Satz 3 durch folgenden Satz ersetzt: „Blätter, die staatsfeindlich eingestellt sind, dürfen nicht berücksichtigt werden; im übrigen darf die politische Parteilichkeit eines Blattes auf die Entschliessung keinen Einfluss haben.“

Diese Verordnung ist längst fällig gewesen. Sie sollte jedoch auf weitere staatsfeindliche und kommunale Verwaltungswege ausgedehnt werden, da es unerwünscht ist, daß ein großer Teil der Inserate staatsfeindlicher Blätter aus Inseraten von Staats- und Gemeindeunternehmungen stammt.

Der Vollzug des Notgesetzes

Das Finanzministerium hat bestimmt, daß die Vorschriften des Artikels 11 des Notgesetzes vom 9. Juli ds. Js. (5%ige Gehaltskürzung) auf nachstehende Körperschaften usw. Anwendung zu finden haben: 1. Gemeinden im Sinne der Gemeindeordnung, 2. Gemeinverbände im Sinne der §§ 5 und 5a der Gemeindeordnung, 3. die Verbände solcher Gemeindeverbände, 4. die Landesverbände und Fürsorgeverbände, 5. die Kreise, 6. die Landesversicherungsanstalt Baden, 7. die Badische Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft, 8. die Gebäudeversicherungsanstalt, 9. den Badischen Frauenverein, 10. die Versicherungsanstalt für Gemein- und Körperverletzte, 11. die Landwirtschaftskammer, 12. die Handelstammer, 13. die Handwerkskammer, 14. die Stichtungen mit Ausnahme der kirchlichen Stichtungen, 15. die öffentlichen Sparkassen, 16. den Badischen Sparfassen- und Giroverband, 17. die Badische Kommunale Landesbank-Girozentrale, 18. die öffentliche Lebensversicherungsanstalt Baden, 19. die Badische Landesbauwirtschaft, 20. den Badischen Gemeindeversicherungsverband, 21. den Badischen Bezirksverein, 22. die Pensionsanstalt des Bad. Landesbeamten.

Vom famosen Arbeitsdienst

SPD. Für die Beurteilung des freiwilligen Arbeitsdienstes muß erst die Praxis, d. h. der Verlauf der ersten Experimente abgewartet werden. In Baden will das „Studentische Amt für Arbeitslager“ folgenden Versuch unternehmen:

Vom 1. bis 30. August und vom 2. bis 28. September wird je ein Arbeitslager mit 100 Teilnehmern in Geringen (Amt Herrsch) Bodenverbesserungs- und Entwässerungsarbeiten ausführen. Die Teilnehmer — 40 Studenten, 40 Arbeiter (25 Arbeiter, 15 Angestellte) und 20 Jungbauern — werden täglich 8 Stunden arbeiten. Die Freizeit wird durch gemeinsame Unterhaltung und Diskussion ausgefüllt. Als Diskussionsstoff ist seitens der Leitung bestimmt worden: „Prosa der südwestdeutschen Grenzlandarbeit“. Durch geistige Zusammenarbeit, durch musikalische und sonstige Unterhaltung sollen „Annäherung, Verständnis und geistige Durchdringung der verschiedenen Volksschichten“ erreicht werden. Die Aufsicht im Lager haben ein Student und ein Arbeiter zu übernehmen; natürlich liegt infolge der zentralen, rein studentischen Leitung die Hauptführung bei dem studentischen Leiter.

Die Verpflegung übernehmen die Bauern. Untergebracht werden alle Teilnehmer in zwei Sälen! Eine generelle Verpflegung für die Arbeit gibt es nicht. Vielmehr müssen die Teilnehmer sogar ihre Frühstückskosten selbst tragen (nur die Arbeitslosen nicht) und passende Arbeitskleidung mitbringen! Nebenbei den teilnehmenden Arbeitsschülern ist ein Taschengeld von 50 Pfennig pro Tag zugesichert. Es wird also hier nur der untere Grenzstrich gewährt. Die gesetzlichen Versicherungsbeiträge werden vom „Amt für Arbeitslager“ getragen, das dafür und für die Kosten seiner Organisation einen Kredit von der badischen Regierung erhalten hat. Damit dieser freiwillige Arbeitsdienst später in größerem Umfang weiter geführt werden kann, sollen — dem württembergischen Beispiel folgend — im Herbst auch in Baden besondere Kaufbeiträge von den Studenten erhoben werden.

Das „Deutsche Studentenwerk“ in Dresden interessiert sich sehr für das badische Experiment. Das Studentische Arbeitslageramt für Baden steht, wie verlautet, in nächster Verbindung mit der rechtsradikalen „Deutschen Studentenschaft“.

Die kommunistische Arbeiterzeitung unter Anklage

23. Mannheim 28. Juli. Eine Presseklasse gegen die kommunistische Arbeiterzeitung bildet den Gegenstand der Nachmittagsverhandlung des Schwurgerichts Mannheim. In ihrer Nummer vom 11. Februar ds. Js. brachte das Blatt einen heftigen Artikel über angebliche Beeinflussungsverläufe katholischer Schwestern und Geistlicher im interkonfessionellen Krankenhaus Kallstatt bei einer schwerkranken Frau, zur katholischen Kirche zurückzuführen. Die Kranke, Ehefrau des Fuhrmeisters Schorp in Gaggenau, war mit ihrem Mann am 15. August 1930 aus der Kirche ausgetreten. Am 18. Dezember wurde sie in das Krankenhaus eingeliefert. Besonders wurde hervorgehoben, daß der Anstaltsgeistliche der Frau die Abnahme der Beichte und die Erteilung der Sterbesakramente geradezu aufgedrängt habe, und daß der Mann erst am Todestage der Frau, am 16. Januar ds. Js., eine Woche später etwas davon erfuhr. Der durch sein Bekenntnis zum Freidenkertum mit Schorp bekannt gewordene Karl Klein von Gaggenau wurde als der Verfasser des Artikels festgestellt und lag neben dem verantwortlichen Redakteur der Arbeiterzeitung, Gustav Süß, auf der Anklagebank. Als Zeugen erklärten die Geladenen Kaplan Brecht und Pfarrer Stiller in mehrfachen Vernehmungen den Artikel als eine große Entstellung der wahren Sachlage. Das Gericht verurteilte Klein zu einer Geldstrafe von 120 RM, eventuell 12 Tage Gefängnis, Süß zu einer Geldstrafe von 300 RM, eventuell 30 Tage Gefängnis. Das Gericht hielt die Behauptungen des Artikels für nicht erwiesen und eine Verlesung der beiden als Zeugen erschienenen Pfarrer als vorliegend.

In den Anhaltstagen getreten sind die Ministerialräte Dr. Armbuster und Dr. h. c. Kunzer im Ministerium des Kultus und Unterrichts. Dr. Armbuster ist am 31. Mai 1886 in Karlsruhe geboren. 1889 Lehramtspraktikant, wurde er 1893 zum Professor an der damaligen Höheren Mädchenschule in Karlsruhe ernannt. 1908 wurde Dr. Armbuster als Kollegialmitglied in den Oberstudienrat berufen und 1911 zum Hilfsreferenten im Ministerium des Kultus und Unterrichts mit dem Titel Regierungsrat bestellt. 1912 erfolgte seine Ernennung zum Ministerialrat und vorzutragenden Rat im gleichen Ministerium. — Dr. phil. h. c. Kunzer ist am 1. Juni 1865 in Lahr gebürtig. Er begann 1889 als Lehramtspraktikant seine Laufbahn im höheren Lehramt, wurde 1896 Professor am Gymnasium in Tauberbischofsheim, 1898 an das Gymnasium in Lahr versetzt und 1904 an das Friedrichsgymnasium in Freiburg berufen. 1912 übernahm Dr. Kunzer als Direktor des Kultus und Unterrichts berufen, 1920 zum Oberregierungsrat und 1928 zum Ministerialrat ernannt.

Internationaler Sozialistenkongress

Die faschistische Hochschulgefahr / v. Gontard und Bullerjahn

Nicht Aufrüstung, sondern Abrüstung

Wien, 28. Juli. (Via. Draht.) In der Dienstagssitzung des Internationalen Sozialistenkongresses führten Müller (Schweden) und Warba (Dänemark) den Vorsitz. Der Internationale Sekretär Friedrich Adler teilte mit, daß eine Anzahl Begrüßungstelegramme eingegangen sei, darunter auch von sozialistischen Parteien, die der Internationale noch nicht angeschlossen seien, so von Irland, Südafrika und Kanada.

Unter lebhaftem Beifall ergriff Nogi (Japan) das Wort, der in englischer Sprache Solidarität der japanischen Sozialdemokratie mit der Internationale verkündete.

Der Reichsminister (Berlin) sprach für die sozialistische Studenten-Internationale: „Unsere Organisation besteht seit 1926. Ihre Mitgliederzahl ist inzwischen von 4500 auf 10.000 gestiegen. Der intellektuelle ist mehr und mehr zum Angestellten geworden und eingereicht in das große Meer der Schaffenden. Er befindet sich in den Reihen der Arbeiterklasse. Der auf den Hochschulen herrschende Faschismus ist die größte Gefahr für die Arbeiterbewegung, von den etwa 180.000 reichsdeutschen Studenten sind mindestens 60 Prozent faschistisch gefärbt. Das sind die künftigen Verste und Mäher des deutschen Volkes. Wir müssen alle Kräfte zur Bekämpfung dieser Gefahr aufwenden. (Lebhafter Beifall.)“

Die Abrüstungsdebatte

fortgesetzt. Der parlamentarische Sekretär des britischen Außenministers Arthur Henderson, Philip Baker, führt aus: „Wir wollen eine Welt erkämpfen, die frei ist vom Krieg. Die Abrüstung kann nicht mehr hinausgeschoben werden. Von den Regierungen, die den Kriegsvertrag unterzeichnet haben, verlangen wir, daß sie die Forderung daraus ziehen und ihr feierliches Gelöbnis erfüllen. Jeder Sozialist muß es als seine Aufgabe ansehen, ein Wächter des Vertrages zu sein, damit dieser seine Aufgabe, die Abrüstung durchzuführen, besser erfüllt als in der Vergangenheit. Wir fordern die Gleichberechtigung aller Staaten und Völker.“

In Bezug auf die Abrüstung unserer deutschen Freunde machen wir darauf aufmerksam, daß General v. Seeckt vor einigen Wochen erklärt hat, wenn die Abrüstungskonferenz nicht sofort für alle Staaten die gleiche Abrüstung vorschreibe, wie sie für Deutschland besteht, müßte Deutschland die volle Aufrüstungsfreiheit sich wieder nehmen.

Nicht in der Aufrüstung der besiegten Länder, sondern in der allgemeinen Verabschwächung der Rüstungen liegt der Fortschritt. Es wird nicht lange dauern, bis die Abrüstung auch in den anderen Staaten so weit gebracht ist, wie bei den feineren besiegten Ländern. Wir schließen uns vollkommen der Forderung von Jouhaux an, daß die Entwaffnung international kontrolliert werden müßte, und daß die Gewerkschaften die besondere Aufgabe haben, in den Rüstungsfabriken die genaue Beachtung der Einschränkungsordnungen zu überwachen und durchzusetzen.

Der deutsche Rüstungsindustrielle v. Gontard hat gesagt, wie man aus Blut Gold machen kann.

Vor dem Krieg hat er mit der französischen nationalsozialistischen Presse konspiriert und es ist ihm gelungen, in den Tigaro und in das Echo de Paris Artikel hineinzubringen, die die reiche Ausrüstung der französischen Armee mit Maschinenwaffen schildern, wodurch auch Deutschland zur Nachahmung gebracht wurde, und Gontard geldbringende Aufträge erhielt. Dieser Vaterlandsverräter von Gontard hat aber keinen

Angestellten Bullerjahn auf viele Jahre ins Zuchthaus gebracht. Unter den Sozialisten kann kein Zweifel darüber sein, wer eigentlich ins Zuchthaus gehört, der Industrielle, der mit dem Ausland gegen das eigene Land konspiriert, oder der Angestellte, der vielleicht seine Angestelltenpflicht verletzt hat, um die Ehre seines Landes zu retten. Wir verlangen in der Entschliessung ein internationales Verbot der Bestrafung von Entstellungen über verbundene Rüstungen, um solche Urteile, wie sie gegen Bullerjahn und gegen viele andere ergangen sind, in Zukunft unmöglich zu machen.

Wir wollen laut unserer Entschliessung ein so großes Maß von Abrüstung erkämpfen, als gegenwärtig nur zu erhoffen ist. Wenn man diese Abrüstung auf das Nötigste als unzureichend oder gar als einen Verrat beklammert, treibt man geradezu Defätismus im Angesicht des Friedens. Man verlangt von uns, daß wir ohne Rücksicht auf andere Länder vollkommen abrüsten, aber es ist klar, welche Schwierigkeiten einem solchen Vorhaben gegenüberstehen. Es ist lächerlich zu behaupten, daß die Erfüllung unserer Forde-

rungen nichts bedeuten würde. Wir müssen, wie die Resolution weiter verlangt, eine weltumfassende Propaganda entwickeln. Nur unerbittlicher Weise kann man bestreiten, daß die Erfüllung unserer Entschliessung keinen Fortschritt auf dem Wege der Abrüstung bedeuten würde. Sie würde aller Prestige-Politik einen schweren Stoß versetzen. Unseren bürgerlichen Gegnern geht unser Programm deshalb viel zu weit, weil wir eine wirksame Einschränkung der Rüstungen fordern. Die englische Flotte ist von 2 Millionen Tonnen auf 1,5 Millionen herabgesetzt worden, weitere Einschränkungen sind bereits im Gange.

Bei den Luftmanövern von 1500 Flugzeugen über London denen ich von der Terrasse des Unterhauses zusah, konnte ich mich eines grauenhaften Schreckens nicht erwehren, wie das im Ernstfalle ausfallen würde.

Ich habe mich gefragt, was die gerade in London versammelten Minister einer ganzen Anzahl großer Staaten dabei gefühlt haben. Nach den Erklärungen von Fachleuten würde ein solches Aufgebot von Flugzeugen eine verheerende Vernichtung anrichten, daß von London nicht viel übrig geblieben wäre. Wir fordern in der Entschliessung auch

die radikale Verwirklichung des Verbots gegen den chemischen und bakteriologischen Krieg.

Wir werden die Regierungen, die auf der Abrüstungskonferenz vertreten sind und die die Abrüstung erschweren und behindern, als Todfeinde der Menschheit ansehen und sie dementsprechend bekämpfen.

Ein Scheitern der Abrüstungskonferenz würde eine sehr traurige Epoche für die Menschheit anbrechen lassen. Der französische Ministerpräsident, selbst ein Konservativer, hat vor kurzem erklärt, daß er das Heil nur in der Zusammenarbeit von Deutschland und Frankreich sieht, worin die einzige Garantie für die Sicherheit Frankreichs liegt. Damit ist die letzte Rechtfertigung für die Rüstungen verschwunden, und die einzige Lösung ist natürlich die Abrüstung. Es wäre ein furchtbarer Verrat für die Welt, wenn die Konferenz scheiterte. Die internationale, sozialistische Arbeiterpartei muß dafür sorgen, daß die Konferenz zu einem Erfolg wird. (Stürmischer Beifall.)

Anderien (Dänemark): „Die Kriegsgefahr wurzelt in den Resten des alten Systems, die noch eine erschreckende Macht haben. Wir werden heute nicht vor der Abrüstung stehen, wenn nicht die sozialistische Arbeiterklasse seit Jahren ununterbrochen einen Druck auf die Regierungen und auf die öffentliche Meinung ausübt. Wir kleineren Völker haben keine Hoffnung, uns durch Waffengewalt zu behaupten. Wir leben unter Freiheits- und dann unter Bedrohung, wenn auch die großen Mächte abgerüstet haben. Wir in Dänemark sind eben daran, unsere Wehrmacht in eine Grenz- und Seepolizei umzuwandeln. Die Gesamtstärke soll 16.000 Mann betragen, und zwar sollen jährlich 1600 Mann in 4-5 Monaten ausgebildet werden und dann 12 Monate zur Verfügung stehen — was aber nur für diejenigen gilt, die nicht vorher mitgeteilt haben, daß sie von diesem Dienst befreit sein wollen. Aus den übrigen über 20 Jahren sollen die Einzustellenden ausgetrieben werden. Durch dieses System glauben wir die Bildung eines Berufsheeres zu verhindern. Außerdem sollen alle privaten Militärverbände jeder Art verboten und aufgelöst werden. Wir protestieren gegen die schamlosen Verleumdungen, die in gewissen, auch französischen Zeitschriften erschienen sind und die behaupten, daß Dänemark mit seiner Seepolitik die Welt für die französische Flotte auf alle Fälle herbeizulocken müßte, wenn sie einem Freund Frankreichs in der Offsee beizuliegen hätte. Wir wollen uns in Kämpfe anderer Staaten niemals einmischen, auch wenn Sir Justin Chamberlain einem dänischen konservativen Journalisten eine ähnliche Vermutung ausgesprochen hat, wie eben die französische Zeitschriften. Das dänische Volk wird sich niemals in irgend welchem fremden Kriegsbündnis verwickeln lassen und die sozialistische Presse der großen Dänker sollte mit Rücksichtlosigkeit alle Anschläge gegen die dänische und gegen die allgemeine Abrüstung vereiteln.“ (Lebhafter Beifall.)

Rickwood von der englischen unabhängigen Arbeiterpartei sprach überaus temperamentvoll und unter lauten Ausfällen auf die britische Arbeiterregierung und auf die Arbeiterpartei in dem Sinne, daß England ohne Rücksicht auf die Abrüstung der anderen Welt abrüsten müsse. Er machte Macdonald einen besonderen Vorwurf daraus, daß er mit Lord Georges und Baldwin zusammen auf einer großen Abrüstungskonferenz in der Weltöffentlichkeit gesprochen hat, was von der erdrückenden Mehrheit des Kongresses mit Heiterkeit aufgenommen wird. Die Schlussforderung des Redners, keinerlei Kompromisse zu schließen und einen revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus zu führen, findet den Beifall einer ziemlich kleinen Minderheit.

Die nächste Plenarsitzung des Kongresses wird erst am Donnerstag abgehalten. Die Abrüstungsdebatte soll dann beendet werden.

Die landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse in Baden

Die Badische Landwirtschaftskammer legt der Öffentlichkeit folgende Schrift vor, die die landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse in Baden im Jahre 1929/30 behandelt.

Ausgehend von den allgemeinen landwirtschaftlichen Erzeugungsverhältnissen geht die Schrift zunächst auf die Witterung im Lande Baden ein und stellt fest, daß sich das erste Berichtsjahr als so trocken erwies. Das Landesmittel der Niederschlagssumme erreichte nur 81 Prozent. Die Sonnenscheindauer während des ganzen Jahres erreichte einen um 5-10 Prozent zu hohen Wert. — Die Denkschrift geht dann auf die Dagegeschäden ein und stellt fest, daß nach den Ergebnissen der amtlichen Dagestatistik ein Gesamtschaden von 8,5 Millionen Reichsmark entstanden ist, der mit rund 28 Prozent durch Versicherung gedeckt ist. Von dem Gesamtschaden wurde der Bezirk Ueberlingen mit einem Gesamtschaden von 1,3 Millionen am schwersten betroffen.

Anbau- und Ernteverhältnisse: Der Anbau der einzelnen Kulturarten an der landwirtschaftlich genutzten Fläche beträgt nach der amtlichen Erhebung der Anbaufläche 804.820 Hektar. Gegenüber dem Vorjahr sind die Anbauflächen für Getreide und Hülsenfrüchte etwas zurückgegangen, ebenso die Anbauflächen für Futterpflanzen und Sandelsgewächse, während die Flächen für selbstmäßig gebaute Gartengewächse sowie die Ackerweide eine Zunahme zeigen.

Viehbestand: Mit Ausnahme von Ferkeln sind die sämtlichen Viehbestände siffernmäßig zurückgegangen. Die größte Abnahme haben die Schafe mit rund 12 Prozent aufzuweisen, welchen die Riegen mit einer Abnahme von rund 10 Prozent folgen. Der Bestand an Ferkeln hat um rund 8 Prozent zugenommen. Der Schweinebestand nahm um 1,5 Prozent ab.

Tierseuchen: Auch im Berichtsjahr wurden Fälle von Rot, Rauschbrand, Milzbrand, Pflanzschlag, Pferde- und Schaf-räude, Maul- und Klauenseuche, Schweinepest, -seuchen und -pest sowie Diphtherie und Diphtherie festgestellt.

Zu den landwirtschaftlichen Betriebsergebnissen im Wirtschaftsjahr 1929/30 stellt die Badische Landwirtschaftskammer fest, daß die durchschnittlichen Einnahmen je Hektar eine kleine Steigerung erfahren haben, die allerdings auf das Betriebsergebnis selbst noch keinen Einfluß ausübt. Die Einnahmen aus Rindvieh haben eine kleine Erhöhung aufzuweisen; auch die Einnahmen aus Molkerei haben zugenommen, die aus Schweinen dagegen zeigen einen dauernden Rückgang. Stark zurückgegangen sind im letzten Rechnungsjahr die Einnahmen aus Getreide als Folge der ganz ungenügenden Preise, besonders für Gerste und Hafer. Die Statistik zeigt im übrigen eine deutliche Zunahme der Einnahmen aus der Tierhaltung gegenüber denen aus dem Pflanzenbau.

Betriebsausgaben: Im Mittel je Betrieb ist eine Steigerung der Ausgaben gegenüber dem Vorjahr zu beobachten. Auch die Einnahmen sind gestiegen, die Ausgaben jedoch um eine Kleinigkeit mehr. Es besteht eine dauernde steigende Tendenz der Ausgaben. Besonders die Aufwendungen für das tote Inventar haben eine ziemliche Steigerung erfahren. Bemerkenswert ist das Anwachsen der Steuerbelastung, die vor dem Kriegeswert ist das und im Berichtsjahr 55,12 M betrug. Die Ergebnisse über die Berechnungen des Reinertrags zeigen, daß die größeren Betriebe in den letzten drei Rechnungsjahren besser als die kleinen und mittelbäuerlichen Betriebe abgeschnitten haben. Im allgemeinen ist der Arbeitsverdienst gegen das Vorjahr zurückgegangen.

Die Denkschrift beschäftigt sich dann noch eingehend mit Erhebungen über die Vermögensrente, über den Verbrauch und das Einkommen, die Haushaltungskosten usw.

Falschmeldung über Badische Beamtenbank

23. Karlsruhe, 28. Juli. Das Wiener Neue Journal und ähnliche Kurier brachten die Nachricht, daß die Badische Beamtenbank ihre Zahlungen eingestellt habe. Demgegenüber ist festzustellen, daß davon kein wahrer Wort ist. Die Badische Beamtenbank hat trotz der Schwierigkeit der Geldbeschaffung ihre Schalter dauernd offengehalten und ist allen ihren Verbindlichkeiten nachgekommen. Die für die Rückzahlung der Ausstehenden notwendigen Zahlungsmittel sind ebenfalls bereitgestellt. Die Badische Beamtenbank hat durchschnittlich 300.000 Mark täglich zur Auszahlung gedruckt.

Von Marx zu Seeckt

„Das Urteil über ein Führerium liegt in seiner Auswirkung auf die Masse; aber die Masse hat kein Recht auf ein Urteil.“
v. Seeckt, Gedanken eines Soldaten, S. 174.

Aus Rußland kommt die erstaunliche Nachricht, daß der Kriegs- und Revolutionsrat der Sowjetunion beschlossen hat, die letzten Werke des Generals von Seeckt in russischer Sprache herauszugeben und sie als Lehrbücher für die gesamte Wehrmacht der Sowjetunion zu empfehlen. Die Anregung dazu haben der Kriegskommissar Woroschilow und der Chef des russischen Generalstabes Bogomow gegeben.

Die beiden letzten größeren Bücher des ehemaligen Generalobersten von Seeckt sind die „Gedanken eines Soldaten“ und „Die Zukunft des Reiches“, beide 1929 erschienen. Daß diese Bücher eines sowohl innerhalb wie außerhalb des Militärischen geradezu extrem reaktionären Mannes ausgerechnet für die rote Armee des sogenannten ersten Arbeiterstaates der Welt als Lehrbücher empfohlen werden, beweist mit aller nur wünschenswerten Klarheit, wie weit Sowjetrußland heute vom Sozialismus entfernt ist — wenn es ihm je nahe war.

Die Soldaten der roten Armee werden jetzt zunächst einmal lernen, daß alle Lehren von Karl Marx fürchterliche Verleumdungen sind. Sie werden lernen, daß die Hinneigung zur Internationalisierung der Wirtschaft nach den Worten des Generals von Seeckt, die wir im folgenden immer zitiieren werden, „aus dem Gefühl der nationalen Schwäche nach der Niederlage“ des Weltkrieges entstanden ist. Sie werden lernen, den „ungefunden Sozialismus“ zu verachten. Sie werden lernen, daß Sozialismus eines der verbreitetsten Schamwörter geworden ist, von dem sie hören: „Auf keinem Gebiet der staatlichen Aufgaben ist es so notwendig, sich von allen Klavieren loszulösen und reale Ziele zu verfolgen. Es läßt sich wohl das Bild eines Idealstaates aufstellen, dessen Tätigkeit nach logisch erscheinenden Grundrissen bestimmt wird; aber der Staat, in dem wir leben, ist kein Rechtsobjekt für Theoretiker, und wir können uns heute weniger als je den Luxus gestatten, zur Belehrung ihrer Anhänger falsche Behauptungen ad absurdum zu führen.“ Die roten Soldaten werden lernen, daß nicht die sozialistische Auffassung über das sogenannte freie Spiel der Kräfte im Kapitalismus und seine Überwindung durch eine sozialistische Planwirtschaft richtig ist, sondern sie werden auf Anweisung ihres Generalstabes aufs Neue bei Herrn von Seeckt in die kapitalistische Schule gehen: „Der Wettbewerb, der Kampf ums Dasein, den die Natur zum Gesetze erhob, kann und darf auch aus dem wirtschaftlichen Leben nicht ausgeschaltet werden; wir gebrauchen ihn zur Steigerung der Leistung.“ Die roten Soldaten sind vielleicht bis jetzt dem Bunde der Gottlosen beigetreten, sie haben vielleicht im Auftrag der bisher kirchenfeindlichen Sowjetregierung vor einer zwangswelke geschlossenen Kirche Wache gehalten; jetzt werden sie bei Herrn von Seeckt lernen, daß das Sünde war: „Die Religion“ ist eine der starken ethischen Kräfte eines Volkes; sie zu schänden und, wo es nötig ist, zu unterdrücken, ihr freie Bahn zur Entwicklung zu schaffen, ist Aufgabe des Staates.“

Bisher galt Lenins Wort: Religion ist Opium fürs Volk; das wird nun im Bereiche der roten Armee durch die neue Belehre des protestantischen preussischen Generals abgelehnt! Bisher hat man den roten Soldaten im kommunistisch-vaterländischen Instruktionenunterricht gelehrt, daß der Kommunismus die Verwirklichung der klassenlosen Gesellschaft darstelle, eines der höchsten Ziele jahrhundertelanger sozialer Kämpfe; jetzt werden sie bei Herrn von Seeckt zu lernen haben, daß es „eine Gefahr“ ist, wenn ein Staat s. B. durch seine Schulpolitik „eine Gleichmachung aus Gründen sozialer Ausgleitungs“ erstrebt.

Auf ihrem eigentlichen Gebiete, dem militärischen, werden die roten Soldaten zu lernen haben, daß es einen Unterschied zwischen einem roten und einem schwarzweißen Militarismus nicht gibt. Diese Gleichheit erstreckt sich ja bis auf die äußeren Formen der Verteilung von Orden, der Ernennung einzelner Personen zu Chefs von Regimentern, der Verleihung von Ehrenäbelen. Herr von Seeckt liefert dafür die Theorie: „Mit menschlichen Schwächen muß der Staat stets rechnen, und so sollte er weder mit äußeren Ehren noch mit materiellen Aufwendungen für sein Herz geizen.“ Die roten Soldaten werden aber nicht nur lernen, daß in seiner äußeren Aufmachung und in seinem inneren organisatorischen Aufbau ein Heer eben ein Heer ist, sondern daß der Militarismus sich auf tot genau so wie im letzten Weltkriege auf schwarzweißer in seiner vollstänigen Verwendung zeigt. Die roten Soldaten werden bei Herrn von Seeckt lernen: „Bündnisse zwischen Staaten sind aus dem Standpunkt der Machtverhältnisse zu betrachten und haben, was auch sonst in den Verträgen stehen mag, ihren Hauptwert, oft ihren einzigen Wert in ihren militärischen Klauseln. Ob diese Defensiv- oder Offensivcharakter haben, ist ziemlich gleichgültig, da nach Gefallen der eine in den andern sich ver wandeln läßt, um den erwünschten Vorwand zur Einwirkung auf den Bruch der Bündnisverträge zu geben.“ Die zuletzt zitierten, in ihrer offeneren Brutalität geradezu klassischen Sätze des Herrn von Seeckt befinden sich auf Seite 155 seines Buches über „Die Zukunft des Reiches“, in einem Abschnitt, den er mit einem Titel des geschichtlichen Begründers politischer Strömungen, Machiavelli, einleitet, um ihn dann in seinen eigenen Darlegungen weit zu überbieten. Es wäre interessant, zu erfahren, ob unter den von Herrn von Seeckt auf eine so völlig unumkehrliche Weise betrachteten Verträgen sich auch der vor kurzem erneuerte Berliner Freundschaftsvertrag zwischen Deutschland und Rußland befindet und ob dieser Vertrag etwa auch militärische Klauseln enthält, worin, wie Herr von Seeckt meint, sein einziger Wert bestünde.

Von Marx und Lenin zu Seeckt — das ist wahrhaftig ein geistiger, politischer und moralischer Abstieg, wie ihn der ärgste Gegner Sowjetrußlands in seiner ausschweifendsten Phantasie nicht schimmer erfinden könnte. Wenn in einiger Zeit die Lehrbücher des Herrn von Seeckt in der roten Armee ihre Wirkung getan haben werden, dann ist ein Grund mehr vorhanden, die rote Armee nicht anders einzuschätzen, wie irgend ein Heer irgend eines imperialistischen Staates. Die Kommunisten aber mögen uns nun erst recht mit der Behauptung vom Leibe bleiben, daß es sich in Rußland um die Verwirklichung des Sozialismus handele!

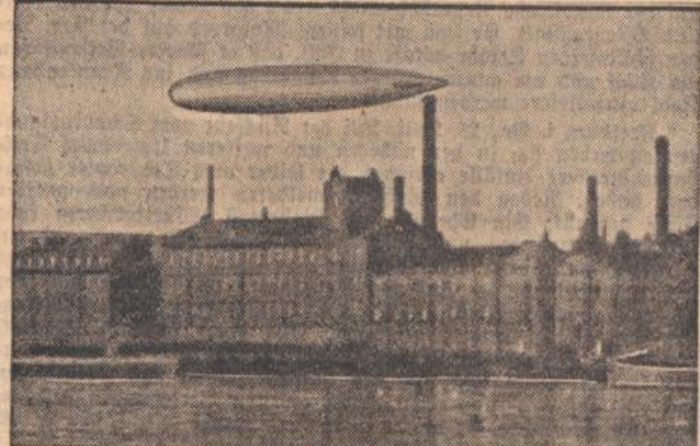
G. Seger.

Aus aller Welt

Zeppelins Arktisfahrt

Moskau, 28. Juli. Um 1 Uhr verließ das Luftschiff „Graf Zeppelin“ das Franz-Josef-Land und schlug die Richtung nach Nordland ein.

Der Korrespondent der Telegraphenagentur der Sowjetunion am Bord des Eisbrechers Malgoin berichtet über die Begegnung des „Graf Zeppelin“ mit dem Eisbrecher: Am 27. Juli um 20 Uhr 10 Minuten tauchte über den blauen Gletschern auf der Brookinsel ein schwarzer Punkt auf. Vom Deck des Eisbrechers erhob sich der Ruf „Zeppelin“. Der schwarze Punkt wurde immer größer und alsdann erblickte man in der Sonne den silbernen glänzenden Rumpf des Riesenluftschiffes. Die Sirene des Malgoin begrüßte das Luftschiff, von dem eine Pfalge wiedergrüßte. Die Begegnung zwischen dem Malgoin und dem „Graf Zeppelin“ erfolgte bei der ersten Polarisierung der im Arktisgebiet überwinternden Sowjetexpedition. „Graf Zeppelin“ überließ die tiefe Nacht und richtete sich über der Meleniusstraße zum Niedergehen. Ohne das Gleichgewicht zu verlieren näherte sich der Zeppelin im Verlaufe von einer Stunde dem Wasserpiegel. Langsam setzte sich der Zeppelin auf das Wasser neben einer treibenden Eisschicht. Die Malgoinmannschaft tauchte mit der Zeppelinnmannschaft und den Sowjetgelehrten an Bord des Luftschiffes mündliche Grüße aus. Mithilfe stieg der Zeppelin wieder auf, ohne Post von der Malgoin aufgenommen zu haben. Der Zeppelin ließ darauf ein Boot mit Post und einem Filmoperateur hinaus. 10 Minuten später erfolgte der Postaustausch. Hierauf ging der Zeppelin weiter in die Höhe und verschwand hinter dem Nebelwolk.



„Graf Zeppelin“ letzte Station in Europa
Oben: „Graf Zeppelin“ über dem Newa-Ufer in Leningrad.
Unten: Junge Kuffen besaßen das Wunderschiff am Himmel. Als letzte Station vor dem Flug in die Arktis besuchte „Graf Zeppelin“ Leningrad, wo das Luftschiff auf dem Flugplatz landete und am nächsten Morgen erneut startete. Inzwischen befindet sich das Luftschiff bereits hoch im Nordmeer.

Bankkrach in der Schweiz

Gené, 28. Juli. Die Bank S. Boverton & Co., gegründet 1881, hat heute früh ihre Schalter geschlossen. Der Bank wurde eine Nachhaftung gewährt. Die Passiven belaufen sich auf rund 1,5 Millionen Reichsmark, welche voraussichtlich von anderen Genéer Banken übernommen werden. Die Schließung der Bank ist auf die Schließung der Banque de Genève und die gegenwärtige Wirtschaftskrise zurückzuführen.

SA Geheimbefehl für Bürgerkrieg

München, 28. Juli. (Eig. Draht.) Den zahlreichen Geheimbefehlen der Hitler SA zur Vorbereitung des Bürgerkrieges, die der Weltbühner Landfriedensbruchprozess zu Tage förderte, reihte der Parteiführer der angeklagten Reichsbannerleute in seinem Plädoyer aus dem umfangreichen Aktenmaterial noch einen neuen SA-Geheimbefehl an, aus dem unzweifelhaft hervorgeht, daß die Nationalsozialisten planmäßig und systematisch auf blutige Auseinandersetzungen mit den Gegnern vorbereitet sind.

Der Befehl datiert vom November 1930 und trägt die harmlose Überschrift: „Anweisung für Winterarbeit“. Er ist gegliedert vom Ost-Stellvertreter Bild. Ziffer 4 des Befehls lautet:

„Das Tempo der Ausbildung von Sani-Männern (Sanitätsmännern) ist zu beschleunigen. Es ist notwendig, daß jeder Sturm über mindestens 6 in den Kurien vom Roten Kreuz ausgebildeten Sani-Männern verfügt. Darüber hinaus muß es ermöglicht werden, daß aus dem Sturm weitere 10 Leute in der notwendigen Technik der ersten Hilfeleistung ausgebildet werden. Es kann — bei Transporttransporten und Sanitätsfahrten — sehr leicht vorkommen, daß bei Verletzungen irgend welcher Art ein Sani-Mann nicht gleich zur Stelle oder arbeitsfähig ist. Für diesen Fall müssen dem Sturm Hilfssanitäter zur Verfügung stehen, die zum mindesten einen sachgemäßen Ersterverband anlegen können. Jeder SA-Mann muß außerdem ein Verbandspäckchen bei sich tragen.“

„Do X“ verläßt Rio de Janeiro

Einer Meldung der Associated Press aus Rio de Janeiro zufolge hat „Do X“ das Trodenboot verlassen. Das Flugschiff überflog Rio de Janeiro und wasserte dann in der Botafogo-Bay. Der Start des „Do X“ zum Fluge nach New York ist für Freitag angesetzt.

Das Tischtier Proviantant in Flammen

CPB. Berlin, 28. Juli. Wie aus Tiffit gemeldet wird, brach heute vormittag in einem der Maazingebäude des Proviantantes in Tiffit Feuer aus. In kurzer Zeit stand das ganze Gebäude in Flammen.

Kunstmaler Wohlgenuth zu Gefängnis verurteilt

CPB. Berlin, 28. Juli. Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte den Kunstmaler Walter Wohlgenuth wegen des Einbruchs in die Bibliothek des Reichstags, sowie wegen zweier weiterer Einbrüche zu einem Jahr fünf Monaten Gefängnis, drei Jahren Ehrverlust, unter Anrechnung von vier Monaten Unterdrückungshaft. Der Staatsanwalt hatte drei Jahre Zuchthaus beantragt.

Bernard Shaw in Moskau

CPB. Moskau, 28. Juli. Für Bernard Shaw fand aus Anlaß seines 75. Geburtstages im Gewerkschaftshaus eine Feyer statt. Das Erscheinen G. B. Shaws löste den hitzigen Beifall der vielen Anwesenden aus.

An die, die's angeht!

Sing' auch Deutschland über alles,
über alles in der Welt,
süßen wir nicht so im Dalfes,
sondern hätten mäßig Geld.

Schönen Dank für die Ergüsse,
die ihr in die Lüfte singt,
wenn ihr eure Ueberhülle
hinterwärts ins Ausland bringt.

Von dem hohen Sonnenfingern
sieh Germania nicht die;
Pinks-Pinks muß erklingen,
das ist gute Weichmasli.

Aber diese Art Fanfaren
blaß ihr zum Erbarmen schlegt.
Wunder's euch, daß mit den Jahren
dies sich an euch selber rächt?

Vernt, o lernt die richtigen Noten,
seid vernünftig und begreift,
sonst kommt die Wut der Noten,
die euch was ganz andres pfeift!

Ferdinand Madlinger.

Volkswirtschaft

Der Abschluß der Volksfürsorge

Die Volksfürsorge, gewerkschafts-gesellschaftliche Versicherungs-V. B. Hamburg kann mit einem Gesamtüberschuss von 13,089 Millionen Mark einen beträchtlichen Rückgang für das Jahr 1930 vorlegen.

Nach Zusammenbau an die einzelnen Fonds können an die mit Gewinnanteil Berechtigten der Volksversicherung 10,654 Millionen Mark = 30 Prozent der gewinnberechtigten Jahresprämie von rund 36 Millionen Mark verteilt werden. Auf die Berechtigten der Lebensversicherung entfallen rund 938 000 Mark. Außerdem werden den Berechtigten der Volksversicherung, die im Jahre 1923 ihre Versicherungen auf die neue Währung umstellten und somit wesentlich zur neuen Fundierung der Gesellschaft beitrugen, dagegen aus dem Ueberschuss aus dem Jahre 1924 nur einen Gewinnanteil von 10 Prozent der Jahresprämie erhalten konnten, aus Gründen der Billigkeit weitere 10 Prozent ihrer Jahresprämie = 268 638 Mark zugewiesen. Bei der Lebensversicherung beträgt diese Zuteilung 11 224 Mark. Die Versicherungsleistungen des Jahres 1930 beliefen sich auf 3,515 Millionen Mark (Volksversicherung 3,158 Millionen und Lebensversicherung 357 000 Mark). Die Volksversicherung ergab einen Ueberschuss von 12,038 Millionen Mark und die Lebensversicherung von 1,051 Millionen Mark.

Angefaßt der wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Jahre 1930 muß der Verlauf des Geschäftes bei der Volksfürsorge als günstig bezeichnet werden. In der Volksversicherung gingen die abgeschlossenen Versicherungen von etwa 574 000 auf 517 000 Mark zurück. Das Storno hat den Gedanken nahe gelegt, durch eine planmäßig angelegte Aktion zu versuchen, die Wiederertragsleistung erfolgloser Versicherungen zu erreichen. Bei jeder Arbeit vertritt man sich von dieser Aktion beträchtliche Ergebnisse.

Die Leitung der Gesellschaft hat beschlossen, zum ersten Mal für das Jahr 1931 die Schreidgedächter von 20 Pfennigen für jede Prämientarte fallen zu lassen. Bei dem letzten Versicherungsbestand von über 2,15 Millionen Versicherter bedeutet das für die Gesellschaft einen Einnahmeverlust von jährlich mehr als 400 000 Mark.

In der Volksversicherung wurden im abgelaufenen Jahre 417 389 Versicherungen mit über 182,944 Millionen Mark abgeschlossen,

in der Lebensversicherung 6500 Versicherungen mit 14,65 Millionen Mark. Der Versicherungsstand betrug Ende 1930 in der Volksversicherung 2 150 723 Versicherungen mit 815,429 Millionen Mark Versicherungssumme und in der Lebensversicherung 35,964 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 75,364 Millionen Mark.

Zusammenbruch der Ideen mit der Sächsischen Staatsbank

Von zünftlicher Seite erfährt S. B. Handb. d. B. Die Vermaltungen der Sächsischen Staatsbank und der Ideen (Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig) haben die Vereinfachung ihrer Interessen beschlossen. Ausgehend von der Tatsache, daß unter den heutigen Verhältnissen das Bankgewerbe Deutschlands überlastet ist, und daß ein Zusammenbruch beider Institute für das sächsische Wirtschaftsleben eine rechtliche Stütze bieten kann, als die getrennte Arbeit, erfolgt durch die Vereinigung beider Institute, über die schon seit längerem Erörterungen gepflogen worden sind, die Schaffung eines großen besonders leistungsstarken Bankinstituts. Es dürfte damit zu rechnen sein, daß auch andere Banken sich diesem Schritt anschließen.

Aktienbilanzen und Krise

Das Reichsstatistische Amt veröffentlicht die Abschlüsse von rund 1420 Aktiengesellschaften, die in die Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 1930 fallen. Wir haben es mit der ersten statistischen Uebersicht über die Auswirkungen der Krise auf die Bilanzen unserer Aktiengesellschaften zu tun, die mit 11,5 Milliarden Mark etwa 80 Prozent des Nominalaktienkapitals erfaßt, das in der deutschen Wirtschaft Ende 1930 tätig ist.

Die Aufstellung des Statistischen Amtes ergibt, daß sich der Saldo aus dem Jahresertragsgewinn und -verlust von 728 Millionen Mark im Jahre 1929 auf 505 Millionen Mark verringert hat. Das bedeutet ein Abfallen der Durchschnittsdividende von 7,4 auf 5,5 Prozent. Die Vorzüge haben sich, eine Folge der niedrigeren Bewertung mit Rücksicht auf den Preissturz besonders für Rohstoffe, um 290 Millionen Mark verringert. Bei den flüssigen Mitteln liegt ein Rückgang um 97 Millionen Mark vor. Der Anlagezuwachs wird verhältnismäßig hoch mit 207 Millionen Mark angegeben; er macht aber im Jahre 1929 nur 2,4 Prozent des Anlagebestandes aus gegenüber 5,6 Prozent im Jahre 1929 und 7,4 Prozent im Jahre 1928. Die Eigenmittel, Aktienkapital und offene Reserven, sind zurückgegangen. Andererseits hat eine Fundierung der Schulden stattgefunden. Die langfristige Verschuldung hat um 1387 Millionen Mark zugenommen, während sich die kurzfristige Verschuldung um 961 Millionen Mark verringert hat.

Partei-Nachrichten

Das Protokoll des Leipziger Parteitag. Verlas J. S. M. Die Nachfolger Gmbs. Berlin, 320 Seiten. Preis geb. M. 3,00, brosch. M. 2,55. — Das Protokoll des Leipziger Parteitages der Sozialdemokratie, das nunmehr in einem fastlichen Band vom Zentralverlag der Partei vorgelegt wird, wird noch für lange Zeit für jeden politisch Interessierten ein unentbehrliches Nachschlagewerk darstellen. verbreiteten sich doch die Referate und Debatten sämtlich über wichtige arbeitspolitische Fragen der sozialdemokratischen Politik. Die vorliegende Ausgabe des Protokolls gibt sämtliche Reden in sorgfältigster stenographischer Aufzeichnung wieder. Das Protokoll, das in broschierter Ausgabe für den billigen Preis von M. 2,55 zu haben ist, kann durch alle Volksbuchhandlungen und auch die Sekretariate der SPD. bezogen werden.

Gewerkschaftliches

Ergebnislose Nachverhandlungen in der Eisen- und Stahlindustrie Nordwest. Die Nachverhandlungen über den Lohnstreik der Eisen- und Stahlindustrie der Gruppe Nordwest sind ergebnislos geblieben.

Der Lohnschiebspruch für Nordwest

Berlin, 29. Juli. (Funkdienst.) Die am Dienstag nachmittag im Reichsarbeitsministerium geführten Verhandlungen über den Lohnschiebspruch für Nordwest sind nach mehrstündigen Verhandlungen gescheitert. Der Reichsarbeitsminister wird nunmehr über den Antrag der Gewerkschaften auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches zu entscheiden haben.

In den Nachverhandlungen bemühte sich das Reichsarbeitsministerium, den Schiedspruch zu einer freien Vereinbarung umzugestalten. Die Gewerkschaften waren an sich bereit, dem grundsätzlich auszustimmen, wenn eine Verbesserung des materiellen Inhalts des Schiedspruches, namentlich für die Hilfsarbeiter, deren an sich niedrige Löhne um 5 Pfa. pro Stunde gesenkt werden, von den Unternehmern zugestanden würde. Die Unternehmer boten jedoch nach langwierigen Verhandlungen nur eine ganz minimale Senkung des Lohnabzuges für die Hilfsarbeiter an, so daß die Gewerkschaften aller Richtungen das Angebot ablehnten. Nach dem Vorschlag der Unternehmer würden höchstens etwa 3000 Arbeiter eine Ermäßigung von 1 Pfa. Lohnabzug gegenüber dem Schiedspruch erhalten haben. Einen Vermittlungsvorschlag der Gewerkschaften, wonach für die am schlechtesten entlohnten Hilfsarbeiter eine Ermäßigung des Lohnabzuges nach dem Schiedspruch um 2 Pfa. pro Stunde einzuwirken wäre, lehnten die Unternehmer ab.

Kündigung des Mehrarbeitsabkommens im Ruhrbergbau. Wie verlautet, haben die Bergarbeiterverbände des Ruhrgebietes gestern beschlossen, das Mehrarbeitsabkommen für den Ruhrbergbau zum 30. September ds. Jz. zu kündigen. Neue Massenentlassungen sind erfolgt. Eine Verringerung der ungelohnten Arbeitsstunden wird nach Ansicht der Arbeitnehmer nur durch eine Beilegung der bestehenden Mehrarbeit durchzuführen werden können.

Zur Beilegung des Tarifstreits im Schneidergewerbe ist vom Reichsarbeitsministerium Dr. Braun als Schlichter bestellt worden.

Englische Bergarbeiter für Verstaatlichung der Kohlenindustrie

Der Jahreskongreß der englischen Bergarbeiter, der dieser Tage in Bradford stattfand, hat sich sehr energisch für die Verstaatlichung der englischen Kohlenindustrie eingesetzt. Er fordert in einer besonderen Entschließung, daß die Arbeiterpartei die Frage der Verstaatlichung, wenn sie nicht durch Gesetz bald gelöst werde, bei den nächsten Wahlen zur Hauptparole mache. Die Verstaatlichung sei der einzige Weg, um die zerstückelte englische Bergbauindustrie lukrativ zu machen. Nur 8 1/2 Prozent der Gesamtförderung verteilen sich auf nicht weniger als 1030 verschiedene Bergwerke, d. h. auf die Hälfte sämtlicher Gruben Englands. — Anstelle des aus Gesundheitsrückgründen zurückgetretenen Tom Richards wurde Elben Edwards, Labourabgeordneter, zum Präsidenten des Bergarbeiterverbandes gewählt. Edwards wird zusammen mit dem Sekretär Cook die britischen Bergarbeiter auf der kommenden Dienstag in Wien beginnenden Sitzung des Ausschusses der Bergarbeiter-Internationale vertreten. In Wien soll die Regelung der Quoten- und Preistage für die Genter Verhandlungen vorbereitet werden.

Aus der Stadt Durlach

Sozialdemokratische Partei. Die Parteigenossinnen und Parteigenossen, die Arbeiterportier und Volksfreundleser werden gebeten, die am Freitag, den 31. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal zur „Festhalle“, 2. Stod. stattfindende Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei zu besuchen.

Bänkeplatz Vorkand-Baden-Bf. Der Eintrittskartenvorverkauf für Durlach ist dem Sporthaus Meier, Hauptstraße 11, übertragen.

Naturtheater Verdenberg-Durlach. Sonntag, 2. August, nachmittags 4 Uhr, findet die Uraufführung des dreifaktigen Schwanks „Der ungetreue Edebarb“ von Hans Sturm statt. Dieses Stück wurde im Lustspielhaus in Berlin mit ungeheurem Erfolg uraufgeführt. Dieser Schwank wird zur Zeit in Stuttgart aufgeführt und bezeichnet ihn die dortige Presse als den neuen Schlager, die Sensation der diesjährigen Sommertheater, da er inhaltlich wahrer Lustspiel im Publikum auslöst. Diese Woche fand bereits die 25. Aufführung bei total ausverkauftem Hause statt. Es ist anzunehmen, daß auch hier diese Sensation ihre Wirkung nicht verfehlen wird.

Koter Baden, Donnerstag, um 8 Uhr, im Heim Probe. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Der Film

Im Westen nichts Neues

läuft in Karlsruhe!

Die Kenntnis des Buches verstärkt den Eindruck!

Erich Maria Remarque

Im Westen nichts Neues
broschiert RM. 4.00
gebunden RM. 6.00

Erich Maria Remarque

Der Weg zurück, broschiert RM. 5.00
gebunden RM. 7.50

Der Film „Im Westen nichts Neues“

in Bildern, broschiert . . . RM. 2.85
Für Mitglieder der S.P.D.
und der Gewerkschaften . RM. 1.50

Volksfreund-Buchhandlung

Karlsruhe, Waldstraße 28 Fernruf 7020/21

Der rasende Tod

Durlach, 28. Juli. Heute vormittag 6.30 Uhr hat ein 24-jähriger Motorradfahrer aus Grünwettersbach in der Kiltisfelstraße in Durlach den 55 Jahre alten Kesselbläser Joh. Meier aus Berghausen angefahren und zu Fall gebracht. Der Mann stürzte darauf unglücklich zu Boden, daß er mit einem schweren Schädelbruch in das Karlsruher Städt. Krankenhaus eingeliefert werden mußte, wo er inzwischen seinen Verletzungen erliegen ist. Die Schuld an dem Unglück scheint, wie bisher festgestellt werden konnte, dem Motorradfahrer zu treffen, der den auf der rechten Seite der Fahrbahn gehenden Weg rechts statt links überholt haben soll.

Friedrichstal, 28. Juli. Auf der Grabener Straße ereignete sich am Sonntag abend ein folgenschwerer Unglücksfall. Die dort mit ihrem Bräutigam spazierende Tochter des Bahnmärkters Borell von hier wurde von einem Pflasterwagen erfasst und überfahren. Das Mädchen erlitt einen doppelten Schädelbruch und wurde sofort ins Karlsruher Diakonissenhaus verbracht. In dem Aufkommen der Bergungsläden, die das Bewußtsein noch nicht wiedererlangt hat, wird gewartet. Das Paar wollte in nächster Zeit heiraten.

Auto fährt in den Rhein

Maxau, 28. Juli. Am Samstag kam bei den Zellulosewerken ein Karlsruher Autofahrer beim Wenden seines Wagens dem Rheinufer zu nahe, so daß das Auto das Ufergestein bekam und mit dem Wagenführer in den Rhein verschwand. Der Fahrer konnte noch rechtzeitig aus dem Wagen herauskommen und sich durch Schwimmen retten. Durch Abhaken mit langen Stangen und mit Hilfe einiger Taucher fand man bald das Auto. Haken und Stricke wurden befestigt und das Auto damit aus dem Wasser gezogen. Der Wagen war schwer beschädigt.

Neumühl bei Rehl. Auf der Heimfahrt von seiner Arbeitsstätte in Straburg verunglückte der Arbeiter Wilhelm Doll aus Sand auf der Landstraße Neumühl-Korf, etwa 500 Meter vor der Heil- und Pflegeanstalt. Er kam mit seinem Motorrad auf der vom Regen schlüpfrigen Straße darauf zu Fall, daß er schwere Verletzungen am Kopf und am ganzen Körper davontrug und ins Krankenhaus Rehl eingeliefert werden mußte.

Freiburg i. Br., 28. Juli. Bei der Rückkehr vom Schaulandsrennen haben sich in der näheren und weiteren Umgebung Freiburgs mehrere Unfälle ereignet, die leider auch Todesopfer gefordert haben. Neben den bisher gemeldeten werden noch weitere Fälle bekannt: Ein Ehepaar aus Wiesloch (Württemberg) fuhr zwischen Denzlingen und Waldbrunn mit dem Motorrad auf ein Auto auf und stürzte. Die 26 Jahre alte Frau starb auf dem Wege ins Krankenhaus. — Zwölfjährige Denzlingen und Wälder fuhr der Maschinenführer Wolf Müller von Tenningen mit seinem Motorrad gegen eine Telegraphenstange. Mit einer schweren Verletzung mußte er ins Emmendinger Krankenhaus verbracht werden. — In Kirchzarten fuhr ein Motorradfahrer aus Gemmingen auf ein Auto auf und erlitt neben anderen Verletzungen verschiedene Knochenbrüche. Er wurde in die Freiburger chirurgische Klinik verbracht.

Ennen. Am Sonntag ereigneten sich hier und in der Umgebung eine Reihe von schweren Unfällen. Ein Herr Jäck von Battenberg wurde von einem Schweizer Auto angefahren und schwer verletzt. — In Bagen stürzte der Sohn des Bädermeisters Streibler mit dem Motorrad und mußte schwer verletzt ins Krankenhaus verbracht werden. — In der Nacht stürzte die Motorradfahrerin Büniger von Wesslingen und Eschle von Ennen mit ihrem Motorrad im Bararer Wäldle. Sie erlitten Knochenbrüche und mußten ins Krankenhaus verbracht werden.

i. Forst. Die Spar- und Darlebenskasse hielt am Sonntag ihre ordentliche Generalversammlung ab. Die Bilanz erstattete vor einem nur mäßigen Besuch der Generaldirektor des Raiffeisenverbandes Dr. Kohr. Zur ist zu entnehmen, daß der Barerumlauf seit 1930 einen Rückgang erfahren hat, daß außerdem das Kreditbedürfnis der Einzelnen überwiegen hat. Nach Entlastung von Vorstand und Rechnungsratsmitgliedern wurde der Vorstand wiedergewählt. Abschließend sprach Dr. Kohr noch über die gegenwärtigen Wirtschaftsprognosen und finanziellen Verhältnisse.

Morsheim. In der Calwer Straße brachte sich ein Mann eine schwere Schußverletzung in der Schäftensand bei. Sein Zustand ist sehr bedenklich. Der 13jährige Sohn des Schloßmeisters Heinrich Böllig in Witterdingen ist in der Scheune abgestürzt und hat sich einen doppelten Armbruch und innere Verletzungen zugezogen.

Ettingen, 28. Juli. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich heute vormittag in der Kölschen Sandgrube beim Seehof. Beim Beladen des Sandes stürzte ein Kolonnen von einer zwei bis drei Meter hohen Verladeanlage herab. Der 29 Jahre alte Führer Franz B. wurde von Schwerkraft von dem herabstürzenden Kolonnen an der rechten Kopfseite getroffen, wodurch er einen schweren Schädelbruch erlitt. Er wurde ins Karlsruher Krankenhaus verbracht. Es besteht Lebensgefahr.

Dießheim (Amt Wiesloch). Gestern nacht brach in der Scheune des Landwirts W. in Hofstetter plötzlich Feuer aus, das sich rasch ausbreitete und dem die mit Erntevorräten angefüllte Scheune in kurzer Zeit zum Opfer fiel. Gestern früh 6 Uhr stellte sich der 17 Jahre alte Sohn Anton der Polizei in Rauenberg und gab an, der Vater habe ihn gestern abend geschlagen, aus Rache habe er ihm die Scheune angezündet. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Die Nachbargebäude haben dank dem raschen Eintreffen der Feuerwehr nicht gelitten.

Wald bei Wiesloch. Zwei 16jährige Jungen mochten sich an einem Flobertagewehr zu schaffen. Pöblich löste sich ein Schuß und ging dem siebenjährigen Trösterchen des Ruppert Gabel durch den Rücken in die Lunge. Das Kind, an dessen Aufkommen geweiht wird, wurde sofort in die Heibelberger Klinik verbracht. Die Jungen hatten die Waffe zum Spasierschießen geliehen.

Bad Rappenau. Aus noch unbekanntem Grunde hat sich der Malergeselle Erwin R. in der Nacht zum Montag einen lebensgefährlichen Schuß in die Brust beigebracht.

i. Bannental. Der Landwirt Friz Müller wurde hier durch ein ausschlagendes Pferd so schwer getroffen, daß er mit inneren Verletzungen sofort in das Heibelberger Krankenhaus überführt werden mußte.

Morsheim. Beim Sägemehl Holer spielten Kinder auf einer Bretterbrücke. Die Bretter kamen ins Rollen und brachten zwei Kinder. Ein Dreijähriges wurde so schwer verletzt, daß es noch am gleichen Tage starb. Ein anderes Kind kam mit leichten Verletzungen davon.

Naturfreunde, aufgepaßt! Zu der in der Monatsnummer vom 27. Juli erschienenen Notiz teilt uns die Gauleitung Baden des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ mit, daß gleich nach Bekanntwerden der Erleichterung bei Auslandsfahrten für die Mitglieder der genannten Wandervereine die badischen Ortsgruppen von der Gauleitung aufgefordert wurden, scharf auf die neuen Anmeldebücher zu achten, damit ein Mißbrauch der Erleichterung vermieden wird.

Die Hitterpest in Berghausen

Berghausen, 24. Juli. Die hiesigen Nationalsozialisten verbreiteten am vorletzten Sonntag ein Flugblatt, das die Antwort auf

unser Flugblatt sein soll, das wir aus Anlaß der Vorgänge beim Hitterburgen durch Berghausen verbreitet haben. Seinem Inhalt nach scheint das Flugblatt nicht in Berghausen verfaßt worden zu sein, denn es übertrifft die Sache auf ein außerhalb der Grenzen unseres Dorfes gelegenes Gebiet, bzw. auf Personen, die nichts mit der Sache zu tun haben. Zum Beispiel gibt es in Berghausen keine „Boszen“, sondern mit wenigen Ausnahmen arbeitslose und hungrige Proletarier, die von den Lehren der Vertreter des dritten Reiches sich nicht satt essen können. Das alsbekannte Geschnippe der Vertreter des „positiven Christentums“ können wir ihnen, da es um die Zeit und Mühe schade ist, die eine Widerlegung erfordern würde. Wir stellen nur nochmals fest, daß das Verhalten eines Teils der SA-Mannschaften bei der Bevölkerung helle Empörung hervorgerufen hat.

Den Gipfel der Demagogie erklimmt das Flugblatt mit der Befragung einer Belohnung von 50 M für die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wem wurde ein Loch in den Kopf geschlagen?
2. Wer hat 1500 Mann zum Aufmarsch angemeldet?
3. Wer hat Eimer voll Wein für die SA. ausgeteilt?
4. Wer hat Sizilien verteilt?

Dazu haben wir folgendes zu bemerken: Wer sich an dem Bett-Abend auf der Straße bewege und den Vorgang beobachtet hat, der sich abspielte, als zwei Lastautos mit SA. vor einem gewissen Hause hielten, ist erstaunt über die Dreifachheit, mit der etwas abseleuener werden soll, was sich doch öffentlich vor aller Augen abspielte. Oder sind wir Deutsche so entartet, oder bester „verblübt“, daß wir uns der alten guten, aber fast ausgestorbenen schönen Sitte der Gastfreundschaft schämen? Wir haben aber gewiß volles Verständnis dafür, wenn in diesem Falle der oder die Gastgeberin nicht zu ihrer Tat stehen wollen, da sie an Kreisen Gastfreundschaft geliebt haben, die von dem größten Teil der hiesigen Bevölkerung wie die Pest gehaßt werden. Wenn die SA-Mannschaften Personen nach Wasser geholt hätten, so hätten sie jenseits bequemer aus dem Brunnen oben im Dorfe haben können. Und Sizilien und Sizilien? Bitte, ihr Gastgeber, schämt euch dieser edlen Tat nicht! Und das Übrige, mit dem „Loch in den Kopf schlagen“! Stellt doch nicht in Rede, daß in euren Reihen zweifelhafte Elemente sind, die sich nicht scheuen, selbst aus dem besten Vorstand des hiesigen Kirchengefangenenvereins eins aufs Dach zu hauen. Und was war das mit der „Beilegung“ eines in der Sache unschuldigen Bürgers und Arbeiters in seine Wohnung? Alles nur „Liebeswürdigkeiten“ der Kinder des „dritten Reiches“? Nein, ihr Herrschaften, wenn ihr auf diesem Wege fortfahrt, so ist es nichts mit dem „edlen Volkstum“, das ihr angeblich erstrebt, in dem alle die guten Sitten, die ein Volk ehren, Einmühen finden sollen. Wir danken bestens für eure „Heilmethode“. Noch ein oder mehrere Worte solchen Ausmaßungsunterschied, in unserm Berghausen und selbst eure Witläufer, die in bester Meinung, aber in Unwissenheit euch als Ketter aus aller Welt preisen und erubeln, werden von der Hitterkrankheit geheilt sein.

Gemeindepolitik

Kreisvoranschlag Bilingen genehmigt

Bilingen, 28. Juli. Von der gestern abgehaltenen 67. ordentlichen Kreisversammlung des Kreises Bilingen wurde der Kreisvoranschlag einstimmig angenommen. Derselbe stellt beim Gemeindefinanzplan eine Einsparung von 6 Pfa. vor. Ebenso fand der Voranschlag der Kreisverwaltungsstelle und des Kreisverwaltungsamtes Bilingen Annahme. Lebhafte Beratung wurde die Mitteilung, daß der Kreisverwaltungsamt über 20 Prozent gesenkt werden wird, da die Senkung eine wesentliche Entlastung der Gemeinden bedeutet. Nach einigen neueren Änderungen beträgt die Länge des Kreisverwaltungsnetzes jetzt 65,6 Kilometer, die des Kreiswegenetzes 324,2 Kilometer.

Soziale Rundschau

Die Zulassrente nach dem Reichsverorgungs-gesetz. Durch die zweite Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. Juni 1931 wurden u. a. auch die Bestimmungen des Reichsverorgungs-gesetzes die sich mit der Zulassrente, die im Bedürftigkeitsfalle durch die Fürsorgestellen zu der von den Versorgungsämtern bewilligten Militärrente bezahlt werden, geändert. So wurden a. B. die Einkommensgrenzen, bei deren Nichterreichung Bedürftigkeit angenommen wird, herabgesetzt und die Möglichkeit der Gewährung der Zulassrente beseitigt. Auch die Ausfuhrbestimmungen, die am 1. 7. 1931 in Kraft traten, wiesen wesentliche Änderungen auf. In dem 76-4 Seiten starken Büchlein „Schmitt-Weiskopf, Die Zulassrente“, sind die gesetzlichen und Ausführungsbestimmungen zusammengefaßt und erläutert. Auch sind die weiteren in Betracht kommenden Paragraphen des Reichsverorgungs-gesetzes sowie andere gesetzliche Bestimmungen und Erlasse nach dem neuen Abrechnungsrichtlinien abgedruckt und mit Sachregister versehen. Durch dieses neue Büchlein wird es sowohl dem Fürsorgebeamten und Vertreter der Kreisämter, als auch dem in Betracht kommenden Personkreis selbst wesentlich erleichtert, seine Ansprüche zu stellen und zu vertreten. Die Broschüre ist vom Verlag Mallch u. Vogel, Karlsruhe und durch alle Buchhandlungen zum Preis von 2 RM. zu beziehen.

Der Blitz am Mittwoch

Damen-Strumpf
künstliche Wäsche, „Trolch“ der 3-Strumpf, feinstmaschig mit 4-facher Sohle **1.90**

Kinder-Schürze
gezeichnet, zum Sticken, farbige Nessel Größe 45-65 **-.45**

Damen-Schürze
gezeichnet, zum Sticken, farbige Nessel **-.60**

BURCHARD



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

29. Juli.

1830 Ende der französischen Julirevolution. — 1856 Komponist Rob. Schumann. — 1914 Kriegszustand in Deutschland. — 1929 Schlagwetterkatastrophe in Niederberndorf, Schlesien (327). — 1929 Schiedsurteile in Titauen. — 1929 500 000 Textilarbeiter in England ausgeperrt.

Der Anfang und das Ende

Manchmal geschieht etwas in unserer Stadt — geschieht ganz in unserer Nähe — das findet eines Tages in dieser Zeitung eine knappe Schilderung unter „Polizeibericht“. Oder der geplante Lokalfredakteur schreibt darüber einen Fünfzeiler mit einer knappen Ueberschrift, und morgen — denkt kein Mensch mehr an die Notiz. Vom Redakteur geschrieben, vom Abonnenten flüchtig überflogen, kaum gelesen, schon vergessen — das ist das Ergebnis der vielen „Alltäglichkeiten“, von denen hier Tag für Tag berichtet wird. Und doch: Man sollte sie nicht vergessen!

Da berichtete einmal die Zeitung von dem schrecklichen Ende eines langen Streites zwischen dem Hausbesitzer Müller und dem Mieter Lehmann. In der Küche des Lehmann sind schon seit Wochen drei Herdringe kaputt. Der Hausbesitzer will aber keine neuen anschaffen. „Was soll das heißen: Er will nicht“, sagt sich Lehmann. „Er ist doch dazu verpflichtet, er muß!“ Nach monatelangen Verhandlungen — man bedenke: Wegen dreier Herdringe! — gibt der Hauswirt eine Art Zulage. Lehmann holt sich in der nächsten Eisenhandlung seine Ringe, läßt sich den Kassenzettel mitgeben und geht damit zu Müller. „Was!“, schreit der, „denke gar nicht daran, das zu bezahlen. Habe nichts versprochen. Wie komme ich dazu?“ „Natürlich haben Sie versprochen“, sagt Lehmann erstaunt, „meine Frau ist Zeuge.“ Und meine Frau ist Zeuge, daß ich nichts versprochen habe“, brüllt ihm der dicke Hausbesitzer speichelsprudelnd ins Gesicht und zeigt ihm die Tür. Müller setzt sich hin und schreibt einen Brief: „Und überhaupt, wo Sie mich das schon lange versprochen haben, was ich genau weiß, ich bin doch nicht dumm auf der einen Seite, wie gewisse Leute. Also darum ein für allemal, ich werde mir vor Gericht meine Gerechtigkeit holen, denn wie ihre Handlung ist, paßt mir nicht und grenzt an Verpöbelung unechter Tatkassen. Womit ich verbleibe Ihr ganz ergebener Adalbert Lehmann.“

Müller ist empört, entrüstet, aufgebracht — Müller will sich bitter rächen. Lehmanns haben keine Kinder, Lehmanns haben aber einen Hund. Müller wird gegen diesen verdammten Hund Lehmanns etwas unternehmen. Müller setzt sich hin und schreibt an Lehmann einen Brief: „Und im übrigen: Sie mir auch, Sie schmaler Hering, Sie! Und was Ihr Hundewiech ist, so paßt er mich schon lange nicht, das Vieh, der Hund, der verdammte! Weshalb ich Sie erntmäßig und legtmäßig hiermit als Hausbesitzer aufordere, er hat zu verschwinden und damit basta. Und meine Herdringe sind nicht kaputt. Ihr Hausbesitzer Egon August Müller.“

Lehmann geht sofort mit diesem Brief zum Mieterverein. Der Sekretär sagt: „Kommt gar nicht in Frage. Sie haben recht.“ Lehmann läßt durch seine Frau einer anderen Frau lausen, sie soll der Frau vom Müller sagen, Lehmanns hätten recht.

Schnell läuft da Müller zum Hausbesitzerverein, erzählt, erzählt, zeigt den Brief seines Mieters und fragt den Sekretär: „Nun?“ Der sagt: „Kommt nicht in Frage. Selbstverständlich haben Sie recht.“

Als Lehmann von der Arbeit nach Hause kommt, steht die Tür von Müllers weit offen, und er hört, wie der Hausbesitzer zu seiner Frau ganz laut sagt: „Ist das Hundewiech bis heute abend nicht fort, sperr ich die Wasserleitung ab.“ Punkt acht dreht Lehmann am Wasserhahn rum, aber es kommt kein Wasser. Er springt gleich runter zum Hausbesitzer und faucht: „Was ist mit dem Wasser los?“ „Erst den Hund raus aus meinem Haus!“ „Wohi verrückt geworben! Wasser aufgedreht!“ „Erst den Hund raus!“ Da sagt der kleine schmachtige Lehmann — er zittert vor Wut — zum großen, dicken Müller: „Wenn Sie nicht sofort die Leitung aufdrehen, hau ich Sie eine runter, daß Sie genug ham!“ „Wa“, sagt der Dicke, „Sie mich?“ Und schwach hat er dem kleinen Lehmann eine geklebt, daß er gegen den Schrank fällt. Aber was ist das? Der Lehmann liegt da und steht nicht auf. Der Hausbesitzer packt ihn, rüttelt ihn und sagt weinerlich: „Das war doch gar nicht so gemeint, Herr Lehmann! Stehn Sie doch auf, mein lieber, guter Lehmann! Ich bezahl Ihnen auch die Ringe, mein lieber, lieber, guter Lehmann! Stehn Sie doch auf!“ Aber der tut ihm den Gefallen nicht. Aus seiner linken Schläfe fließt ein schmaler Streifen Blut.

Der Lokalfredakteur hatte damals diese Notiz unter der Ueberschrift „Lohnt es sich?“ gebracht. Fast alle Tage muß er ähnliche Notizen bringen. Mit einem Streik um Nichts fängt es an. Dann werden daraus Sorgen, Quälereien, Traagdien. Man liest solche Notizen flüchtig. Man verliert den ersten Satz schon, bevor man an den letzten kommt. Und doch: Man sollte solche Notizen nicht vergessen!

Wilibald Kater.

Nazirüpel

Ein gemeiner Ueberfall ereignete sich letzten Sonntag abend auf der Kaiserstraße. Ein friedlich und ruhig seines Weges gehender junger Kaufmann, Mitglied des Reichsbanners, wurde plötzlich ohne jeden Grund und Anlaß von einer Rottte Dakenkreuzler angegriffen, schwer beschimpft mit „Dred“ und „Saujude“ und dann von dem Anführer der Bande, dem der NSDAP angehörenden Kaufmann Alfred Bürkle, schwer mißhandelt. Als der junge Mann flüchtete, folgte ihm die Bande bis zur Polizeiwache nach, dort wurde er weiter bedroht, den Polizeibeamten gegenüber bemerkten die Rabaukrüder, mit ihnen würde, wenn Sitler zur Macht käme, am ersten abgerechnet.

Es handelt sich also um einen ganz gemeinen, durch nichts veranlaßten Straßenüberfall. Von den Stillerbüschen wurde nur einer, der Kaufmann Bürkle gefaßt und vor den Schnellrichter gebracht. Die Verhandlung fand Montag nachmittags statt. Zu entschuldigen und verteidigen gab es da nichts. Es handelte sich um einen einfachen trivialen, feigen Ueberfall. Der Staatsanwalt beantragte deshalb gegen den Bürkle eine Gefängnisstrafe, die einzige gerechte und verdiente Strafe. Das Gericht aber verurteilte den Bürkle wegen Ruhestörung zu 10 Mark und wegen Körperverletzung zu — 60 Mark — Sechzig Mark — Geldstrafe!!!

Das soll also eine Sühne für einen feigen Angriff und einen tätlichen Ueberfall auf einen abnungslosen, friedlich seines Weges gehenden Straßenpassanten sein! So glaubt die Justiz dem immer dreister werdenden Rombotum Einsicht gebieten zu können. Kürzlich

Moderne Fahrzeugformen

Wir sind allzu sehr gewohnt, die Erfindungen, deren wir uns täglich bedienen, als selbstverständlich hinzunehmen und zu erklären: ohne dies und jenes hätte man sich das Leben eigentlich gar nicht mehr vorstellen können. Jenes Wort, das da bezeugt, dem Erfinder des Bettes müsse man ein Denkmal setzen, trifft die von uns vorgelegene Aufgabe, das nämlich solche Erfindungen ein Zeichen hoher Genialität sind. Es ist selbstverständlich, daß ein Einzelner, herausgerissen aus dem Ganzen seiner Zeit niemals eine geniale Erfindung machen kann. Aber einer muß sie gemacht haben, einer muß auch einmal auf die geniale Idee gekommen sein, daß man beim Transport von schweren, nicht tragbaren Gegenständen die Reibung, die durch das Schleppen und Ziehen entsteht, dadurch vermindern kann, daß man die Bewegung in eine rollierende verwandelt. Wer in Urzeiten von einem Baum zwei Scheiben abgeschnitten hat, und daraus die ersten Räder konstruierte, weiß man nicht. Alle großen Erfindungen sind anonym.

Erst unsere Zeit hat eine neue Epoche in der Geschichte des Fahrzeuges heraufgeführt. Solange das Fahrzeug von einem Lebewesen gezogen war, hat es lediglich eine Form-Wandlung erfahren. Im Prinzip aber ist die über und über mit Ornamenten bedeckte Kalesche des Barock das gleiche Fahrzeug geblieben, wie der römische Kutschenwagen. In unserer Zeit nun kam das Neue dazu: Die Bewegung durch eine motorische Kraft. Hier geschah ein Schritt, nicht minder bedeutend als der, der zur Erfindung des Fahrzeuges überhaupt führte, die Uebertragung der stehenden Dampfmaschine auf Räder. Die erste Eisenbahn war geschaffen.

In verhältnismäßig kurzer Zeit hat die Technik alle Möglichkeiten des Motors für das Fahrzeug mobil gemacht und damit tauchte ein neues Problem am Horizont auf: das Problem der Schnelligkeit. Man wollte nicht nur fahren, man wollte auch schnell fahren.

Heute sind wir so weit, daß wir den Rahmen, der uns durch die bis jetzt existierenden Motoren in Bezug auf Schnelligkeit gesteckt ist, fast ausgefüllt haben und daß erst die Verwendung neuer Betriebsstoffe und neuer Motoren uns auch einen neuen Horizont eröffnen können. Aber dem heutigen Menschen genügt die erreichte Schnelligkeit noch nicht, und er begann den Widerstand zu studieren, den die Luft dem Fahrzeug entgegensteht. Da dieser Widerstand nicht ganz auszuhalten ist, wurden Wege gesucht, ihn so klein wie möglich zu halten und hier fanden die Wissenschaftler bald nach langen Versuchen und Berechnungen eine Form, die diesen Anforderungen genügt: die Tropfenform. Die ersten Anwendungen beim Automobil waren insofern von Erfolg begleitet, als beim Rennwagen heute die Prinzipien der Tropfenform angewendet werden. Ebenso deutlich setzen sich diese Prinzipien im Luftschiffbau und ganz besonders interessant ist es, die Umwandlungen der Tropfenform im Schiffbau zu beobachten.

So macht sich auf allen Gebieten ein Fortschritt in den äußeren Gestaltungen des Fahrzeuges geltend. Es konnte nicht ausbleiben, daß sich auch die Straßenbahn, der ja viele Fachmänner einen baldigen Tod prophezeiten, diesem Wettrennen anschloß. Sie hat allerdings auf Geschwindigkeitserhöhungen keinen Wert zu legen und muß sich darauf beschränken, ihre technische Form in möglichst klarer Arbeit zu entwickeln. So, wie bei dem Automobil der Architekt Gropius hat auch bei der Straßenbahn schon sein Kollege Laut sein Können an ihrer äußeren Form versucht. Eine ganz neue Lösung stellt der Straßenbahntyp dar, der von der Dresdener Straßenbahn entwickelt wurde. Diese neue Bahn ist auf beiden Seiten gepulvert, eine Form, die in ihrer Eleganz wohlwundernd wirkt. Wie sie sich im praktischen Verkehr auswirken wird, muß die Zukunft erweisen.



Die neue Linie im Straßenbahnbau Ein interessanter Straßenbahntyp aus Dresden.

erhielt ein Nationalsozialist, der einem Passanten den Trommelschlegel über den Kopf schlug 40 Mark Geldstrafe, der Bürkle erhielt 60 Mark Geldstrafe! Der Kommunist aber, der kürzlich mit einem Gummiknüppel erwürgt wurde, den er aber noch nicht benutzt hatte, erhielt dafür, daß er den Knüppel nur bei sich trug, 3 Monate Gefängnis! Wir stellen diese Urteile nur einander gegenüber! Den Vers daraus wird sich jeder Leser selber machen.

Steuerbarzahlungen der Stadt. Sparkasse ausgeföhrt

Die Stadt. Sparkasse Karlsruhe gibt durch Anschlag bekannt, daß sie keine Barbeiträge für Steuerzahlungen mehr ausführt. Wie wir dazu von der Direktion der Stadt. Sparkasse auf Anfrage erfahren, hat sich diese Maßnahme als notwendig erwiesen, weil die Anforderungen für Steuerleistungen das Maß der vorhandenen flüssigen Mittel übersteigen, eine Erhöhung, die auch in anderen Städten, wie z. B. Mannheim, zu verzeichnen ist. Die Einstellung ist erfolgt, weil die Ueberweisungen an die Stadt. Sparkasse seitens der Reichsbank und der Girostellen, soweit sie in bar vollzogen werden, den Anforderungen nach Barmitteln für Steuerzahlungen nicht mehr genügen. Ueberweisungen finden hingegen nach wie vor statt. Man darf wohl annehmen, daß mit der bevorstehenden Lockerung des Zahlungsvorverfahrens auch diese vorsorgliche Maßnahme wieder aufgehoben werden kann.

Fleischpreisenkung

Die Meckeringinnung hat ab 29. Juli für eine Reihe von Fleischwaren Preisermäßigungen beschlossen. Rind- und Kalbfleisch wurde allgemein um 4 Pfa. und Kalbfleisch um 4-6 Pfa. je Pfund im Preise gesenkt, die Vorzugstücke dieser beiden Fleischarten und Graubüchse, wie Sülze, Kalbskopf und Leber usw. um 10-20 Pfa. Diese Preislenkung paßt sich nicht nur dem Rückgang der Kaufkraft an, sie läßt auch erkennen, daß man erfreulicherweise sich auch in den Kreisen der Meckeringinnung, des Viehhandels und vor allem der Landwirtschaft aufhebung des Umlages einstellt, und daß die Angstschloße, soweit sie überhaupt vorhanden war, einer nüchternen Beurteilung der Wirtschaftslage gewichen ist.

Zum Thema „Zahlungsverpflichtungen“

wird uns von der Landessentrale des Badischen Einzelhandels geschrieben: Die gegenwärtigen Schwierigkeiten in der Beschaffung von Zahlungsmitteln haben leider in manchen Kreisen zu einer Zahlungsunfähigkeit geführt, die weit über dasjenige Maß hinausgeht, das durch die Krise gerechtfertigt erscheint. Ganz abgesehen davon, daß es leider sehr viele Schuldner gibt, denen die mangelnde Geldflüssigkeit ein willkommener Vorwand dafür ist, die Bezahlung fälliger Rechnungen fallfällig abzuwehnen, halten viele Leute, die ohne große Schwierigkeiten ihren Verpflichtungen nachkommen könnten, mit der Bezahlung zurück, um sich das Bargeld für einen eventuellen Notfall zu reservieren. Dieses Verhalten ist ätzend und außerordentlich wirtschaftsschädlich. Der Einzelhandel muß heute mehr denn je kurzfristig oder bar requirieren und es kommt, da Kredite gar nicht oder nur zu unerwünschten Zinsen zu haben sind, in größte Schwierigkeiten, wenn er nicht bei seiner Kundschaft rechtzeitig Rückendungen findet. Gerade im jetzigen Zeitpunkt, wo infolge der Notverordnungen der von den Bankinstanzen requirierten Zahlungsmittelumlauf gehemmt ist, sollte jeder, der auch nur trüben dazu in der Lage ist, auf Barzahlung leben und offenstehende Rechnungen so rasch wie irgend möglich bezahlen, damit die Wirtschaft in Gang gehalten werden kann. Wer ährlicher oder böswilliger Weise anders handelt, der macht sich mitschuldig an eventuellen Zusammenbrüchen und an einer weiteren Verhinderung der Krise, die letzten Endes die Gesamtheit und somit auch ihn selbst schädigen muß.

Die Personenschiffahrt auf dem Rhein ab Karlsruhe

und zwar die Kursfahrten und die Vergnügungsfahrten hatten sich im vorigen Jahre zu ansehnlicher Höhe entwickelt. Ueber 8000 Personen wurden in der letzten Jahreszeit befördert. Leider sind die Fahrten im laufenden Jahre erheblich schlechter beschaffen, so daß nach einer Mitteilung der Rhein-Donau-Rheiner Personenschiffahrt auf dem Rhein, der wichtigste Aufschwung gekommen ist, wenn sie keinen genügenden Anspruch finden. Die Rheinfahrten sind aber für jedermann, der sie einmal gemacht hat, eine der angenehmsten Erinnerungen. Sie sind für die Erholung in der heutigen wirtschaftlich schweren Zeit, in der man große Reisen nicht mehr unternehmen kann, besonders wertvoll. Es sollte sich daher niemand den Reiz und den Genuß einer solchen, mit nur geringen Kosten verbundenen Fahrt entgehen lassen. Vor allen Dingen bieten sie Vereinen und Gesellschaften eine vorzügliche Gelegenheit, ihren Mitgliedern zu billigen Preisen ein wirklich schönes Vergnügen zu bereiten. Kursfahrten und Vergnügungsfahrten finden Sonntags und Dienstags bzw. Samstags und Montags statt. Sonderfahrten werden bei genügender Beteiligung jederzeit, es namentlich Sonntags, zu ermäßigten Preisen ausführt. Es wäre höchst bedauerlich, wenn der Anschlag Karlsruhe an die Personenschiffahrt auf dem Rhein, der wichtigste Aufschwung gekommen ist, mangels genügenden Interesses der Karlsruher Bevölkerung und der näheren Umgebung wieder verloren ginge. In allen Gelegenheiten dieser Fahrten werde man sich an den Verkehrsverein hier.

Bezirk Mittel- und Südweststadt

Am Donnerstag fand im Gambirinus eine Mitgliederversammlung statt. Genosse Staatsrat Rüdert sprach über „Die badische Notverordnung, ihre Ursache und Wirkung“. — Die Gründe, warum die badische Notverordnung erlassen werden mußte, lagen vor allem darin, so führte der Redner aus, daß das Land Baden nicht die volle Höhe der Reichsüberweilungssteuer erhält, wie vorher jeden Jahr. Anstatt 95 Millionen werden im nächsten Jahre nur 70 Millionen überwieilert. Ferner ist die badische Realsteuer ebenfalls zurückgegangen und bringt einen Ausfall von 5 Millionen Mark. Die badischen Fortken, der größte Reichsrum Badens, können nicht mobilisiert werden und bringen ebenfalls ein Defizit von 5 Millionen. Auch bei der Haussteuer kommt 1 Million weniger ein, so daß ein Defizit von 40 Millionen entsteht. Es ist klar, daß dieses Defizit gedeckt werden mußte. Die wenigen Steuern, über die das Land Baden noch die Steuerhoheit hat, können nicht erhöht werden. Da wäre z. B. die Gebäudesteuer. Wollte man diese erhöhen, so würden auch die Mietzinsen ansteigen werden. In den heutigen Zeiten kann dieses nicht verantwortet werden. Neue Steuerquellen konnten ebenfalls nicht erschlossen werden. Vergeblich haben Staatspräsident und Finanzminister nach Berlin, um von dort Hilfe zu bekommen. Es blieb nun nichts anderes übrig, als die Ausgaben zu droffeln. Dabei wurden auch die Beamten durch eine Gehaltskürzung getroffen. Die Beamten haben nun Protestversammlungen einberufen und dort manchem eine angeschlagen, die besser unterblieben wären. Sicher hätte man zu Grobherzoggezeiten solches nicht gewagt. Anselonbere haben sich dabei höhere Beamte hervorgetan, die absolut keinen Grund dazu haben. Genosse Rüdert gab zu, daß bei den unteren Beamten Härten entstanden sind, die soweit wie möglich gemildert werden müssen. Der Vorhian der Beamten, dem Staat die 5 Prozent von ihrem Gehalt zu finden, müßte abgelehnt werden, da dadurch ein unangenehmes Verhältnis entstanden wäre. Genosse Rüdert erläuterte die einzelnen Paragraphen der Notverordnung und machte entsprechende Ausführungen dazu. Am Schluß seiner Ausführungen betrat der Referent den Standpunkt, daß wenn ein Volk in Not ist, alle Teile des Volkes Opfer zu bringen haben und kein Stand ausgenommen werden kann.

In der Aussprache nahm sich Genosse Kimmelman besonders der außerplanmäßigen Referat an und verlangte, daß die Härten beseitigt werden, welche durch die Notverordnung entstehen. Gen. Rüdert setzte sich ebenfalls für die Rechte der Beamten ein. Genosse Reinga sprach für die Arbeitsschaffenden und setzte in

